

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,00 M.
(davon 98 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Polizeiabgabe 4,32 M., einjährig 50 Pf.,
Polizeiabgabe und 72 Pf. Postgebühren.
Auslandabonnements 6,- M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 5,- M.

Das „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
25. September 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Annoncenzeile 60 Pf.
Zweispaltige 1,- M. „Kleine An-
zeigen“ das selbgedruckte Wort 25 Pf.
(gültig für zwei selbgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 1/2 Tarif.
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftsbüro abends 3 wochen-
täglich von 8 bis 11 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht gegebener Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Verl.-Dr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. V. u. Dir.-Gef., Depositentk., Jerusalemstr. 65/66.

Lenkt Japan ein?

Teilweise Truppenzurücknahme in Aussicht gestellt.

Genf, 24. September.

Der Völkerbundsrat hat heute abend wiederum eine längere vertrauliche Sitzung abgehalten, in der sich infolgedessen ein Fortschritt ergab, als die Auseraumung einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundrates auf eine noch nicht bestimmte Zeit des morgigen Tages möglich wurde.

Wie verlautet, soll die japanische Regierung in gewissen Punkten eine Zurückziehung ihrer Truppen vorgenommen bzw. in Aussicht gestellt haben. Außerdem wurde in der heutigen Sitzung ein Antwortschreiben für die heute eingegangene Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson beschlossen und abgefaßt. Der Völkerbundrat gibt darin seiner Befriedigung über die amerikanische

Aktion im Interesse der Erhaltung des Friedens Ausdruck. Es wird damit gerechnet, daß der Völkerbundrat mit Rücksicht auf den japanisch-chinesischen Konflikt bis Dienstag versammelt bleiben wird.

Waffenstillstand zwischen Nanking und Kanton?

Moskau (über Romno), 24. September.

Nach einer Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion ist am heutigen Donnerstag eine Abordnung der Nankingregierung nach Kanton abgereist, um einen Waffenstillstand mit Kanton zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Japan abzuschließen. Der Abordnung gehören bedeutende Mitglieder der Kuomintang und der Regierung an. Die Gerüchte, wonach Marschall Tschiangkai-schek bereit sei, seinen Posten zu verlassen, sind vorläufig unbefähigt geblieben.

Frankreich für Weiterrüsten.

Antrag auf Rüstungstillstand zu Fall gebracht.

Genf, 24. September.

Der Vertreter Frankreichs im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes, Raffagly, gab am Donnerstag den Standpunkt seiner Regierung zu dem italienischen Vorschlag auf sofortigen Abschluß eines Rüstungswaffenstillstandes bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz bekannt. Die französische Regierung lehnte diesen Vorschlag rundweg ab. Sie fordert, die Verhandlungen über diesen Vorschlag auf die kommende Abrüstungskonferenz zu verschieben.

Raffagly führte zur Begründung seines Standpunktes aus, er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entspreche und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Nervosität auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Nervosität sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker berühren. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem Wettstreit, das es heute überhaupt nicht gebe. (1) Der italienische Vorschlag habe, wie erklärt wird, eine materielle und moralische Wirkung zum Ziele. Die hierdurch angestrebte Erleichterung für die Haushalte würde aber nicht eintreten, da die Militärhaushalte bereits bis Juni 1932 festgelegt seien und ferner ein Stillstand der Rüstungen in vielen Ländern zu einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen würde. Der italienische Vorschlag sei keineswegs so eindeutig klar, wie er scheine. Der Vorschlag Lord Robert Cecil's, die Regierungen aufzufordern, bis zum 1. November d. J. zum Waffenstillstands-Vorschlag Stellung zu nehmen, sei praktisch undurchführbar. Raffagly suchte dann den Beweis zu führen, daß ein Waffenstillstand zur Zeit sowohl auf dem Gebiete der Land-, als auch der See- und Luft-rüstungen nicht in Frage kommen könne. Auf dem Gebiete der Flottenrüstungen hingegen kämen die veralteten Flotten gegenüber den jungen Flotten in Nachteil, und dadurch würde das derzeitige Flottengleichgewicht gestört werden. Auf dem Gebiete der Luftrüstungen könnten die Mächte auch während der Dauer des Waffenstillstandes ihre Kleinflugzeuge durch Großflugzeuge ersetzen. Auf dem Gebiete der Landrüstungen seien die Haushalte bereits bis 1932 festgelegt. Somit stoße die Durchführung des italienischen Vorschlages auf große, unüberwindliche Schwierigkeiten. Es sei anzunehmen, daß sämtliche Regierungen Vorbehalte machen würden, so daß am 1. November d. J. der Zusammentritt einer neuen Konferenz notwendig sein werde. Aber die meisten Regierungen würden sich jetzt kaum entschließen, kurz vor Beginn der allgemeinen Abrüstungskonferenz die Atmosphäre durch eine neue Konferenz zu belasten. Verschärfung, nicht Entspannung der Lage würde der Erfolg des italienischen Vorschlages sein.

Raffagly schlug dann vor, den Antrag der japanischen Regierung auf Ueberweisung des italienischen Vorschlages an die Abrüstungskonferenz anzunehmen. Die Regierungen müßten noch vor Eröffnung der Abrüstungskonferenz ihren Standpunkt bekanntgeben, so daß die Abrüstungskonferenz mit der Aussprache über den Waffenstillstandsvorschlag eröffnet werden könnte.

Raffagly betonte jedoch, man müsse damit rechnen, daß die Abrüstungskonferenz zu schweren und ausgedehnten Kämpfen führen würde. Es sei daher von größter Bedeutung für die gesamte Atmosphäre der Abrüstungskonferenz, daß gleich zu Beginn der

Gedanke eines allgemeinen Rüstungswaffenstillstandes ermogen würde. Er ersuche die Regierungen, den Vorschlag der französischen Regierung eingehend zu prüfen.

Diese Erklärung des französischen Vertreters wird niemanden überzeugen, dem es mit der Abrüstung Ernst ist. Sie wird im Gegenteil den Verdacht verstärken, daß Frankreich an der Spitze der Länder steht, die die Abrüstung verhindern wollen. Um Vorabend des französischen Ministerbesuches in Berlin ist diese Stellungnahme Frankreichs im höchsten Grade zu bedauern. Daß sie sich gegen einen italienischen Vorschlag richtet, ist keine Entschuldigung. Wir Sozialdemokraten stehen gewiß nicht im Verdacht, ein Uebermaß von Vertrauen in die gegenwärtige italienische Regierung zu setzen. Dennoch haben erst gestern der Vorsitzende und der Sekretär der Sozialistischen Internationale in einem Telegramm an den Völkerbund jenen Vorstoß zugunsten eines sofortigen Rüstungswaffenstillstandes lebhaft unterstützt. Dieser Vorschlag deckt sich übrigens im wesentlichen mit ähnlichen Anregungen, die von den neutralen Staaten unterbreitet worden sind.

Raffagly ist hier schon wiederholt als der böse Geist des französischen Auswärtigen Amtes bezeichnet worden. Er vertritt dort weniger die Politik Briands als die militaristische Richtung des Kriegeministers Maginot, der bei jeder Gelegenheit verkündet, daß es ein Wahnsinn und ein Verbrechen wäre, wenn Frankreich abrüsten würde. Solange diese Richtung die französische Politik maßgebend beeinflusst, wird in Deutschland die Arbeit der Anhänger der Verständigung mit Frankreich außerordentlich erschwert sein.

85 Mexikaner gehenkt.

Begen Lynchung des Bürgermeisters.

Mexiko City, 24. September. (Eigenber.)

In der Ortsgemeinde Aguadulce im Staate Tabasco wurden 85 Einwohner im Zusammenhang mit der Lynchung des Ortsbürgermeisters standrechtlich gehenkt. Die Massenhinrichtung erfolgte auf Anordnung des Staatsgouverneurs.

Christlichsoziale gegen Putschisten.

Wien, 24. September. (Eigenbericht.)

Die Vertrauensmänner des christlichsozialen niederösterreichischen Bauernbundes nahmen am Donnerstag in Gegenwart des Bundeskanzlers Buresch eine Entschliebung an, in der es heißt, daß die Regierung die Pflicht habe, die Führer der Heimwehr, die oft Hochverrat betrieben hätten, strengstens zu bestrafen. Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, alle ausländischen Heizer, ob Nationalsozialisten oder Kommunisten, abzuleben zu lassen.

Ein Rücktritt. Amlich wird mitgeteilt: Da die spanische Regierung die 1928 mit Deutschland getroffene Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtarmertzwanges mit Wirkung vom 23. September 1931 gelündigt hat, wird der deutsche Sichtvermerk zwang vom genannten Tage ab für spanische Staatsangehörige ebenfalls wieder eingeführt.

Hilfe aus Solidarität!

Zur Aktion der Arbeiterwohlfahrt.

Von Marie Juchacz.

Die Arbeitslosigkeit steigt, sie droht zum Dauerzustand zu werden. Die Kenntnis der sozialen Begleiterscheinungen des herrschenden Wirtschaftssystems hat die Haltung der Sozialdemokratie zur Sozialpolitik von jeher bestimmt. Die Sozialgesetzgebung gibt den Rechtsanspruch auf Hilfe im Falle der Krankheit, der Invalidität, des Alters, der Arbeitslosigkeit. Die Wohlfahrtsgesetzgebung, eine andere Form gesetzlicher Regelung sozialer Notstände, überträgt die Sorge für Kinder, Jugendliche, Kranke und andere Hilfsbedürftige auf die Länder und die Selbstverwaltung. Das breite Gebiet der Wohlfahrtspflege und -fürsorge verlangt zur Durchführung der organisierten Hilfe der Staatsbürger. Darin liegt — nach unserem Dafürhalten — die heutige Existenzberechtigung der freien Wohlfahrtspflege. Massennot kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn kein Konkurrenzkampf die Kräfte zersplittert, wenn behördliche und freie Wohlfahrtspflege nach gemeinsam beschlossenen Plan arbeiten. Es ist Sache der Wohlfahrtsbehörden, die Kräfte zu sammeln und zu verteilen. Es ist Pflicht der freien Wohlfahrtspflege, dabei Hilfe zu leisten, Erfahrungen, Anschauungen und geschulte Menschen zur Verfügung zu stellen. Die von der Not betroffenen Menschen müssen das Vertrauen haben, daß ihnen dort, wo aus der Finanznot des Staates heraus ihr Rechtsanspruch geschmälert wurde, trotzdem der moralische Anspruch auf Hilfe geblieben ist.

In der Art, wie Hilfe geleistet wird, besteht ein wesentlicher Unterschied. Uns kommt es auf den Geist der Solidarität an, wie er in der Arbeiterbewegung wurzelt, herausgewachsen aus den gemeinsamen Kämpfen eines halben Jahrhunderts.

Die Zeitungen bringen jetzt Aufrufe und Pläne für große Hilfsaktionen. Auch der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt hat zu einer Hilfsaktion aufgerufen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands und die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege haben den Aufruf mit unterzeichnet und damit bekundet, daß die gesamte organisierte Arbeiterbewegung dahinter steht. Andere Organisationen der Arbeiterchaft: der Arbeiter-Samariter-Bund, die Arbeiter-Abteilungen, der Reichsausschuß für das Bildungswesen, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde haben uns ihre Mitarbeit zugesagt.

Wir sind der festen Ueberzeugung, das Richtige zu tun, wenn auch wir uns an die Öffentlichkeit wenden. Sie soll uns helfen, unseren leidenden Schwestern und Brüdern in kameradschaftlicher Form Hilfe zu bringen. Jeder, der noch über ein auskömmliches Einkommen verfügt, jeder, der heute noch einen Arbeitsplatz innehat, dessen Bezahlung ihm ein Dasein über das Notwendige hinaus ermöglicht, muß das als Glück empfinden und sich moralisch verpflichtet fühlen, davon für die schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise herzugeben.

Wir denken jetzt oft an die traurigen Zeiten des Krieges und der Inflation zurück. Und doch ist kein Vergleich möglich. Damals war es die Knappheit der Waren und die Entwertung des Geldes, die die Menschen unerdient in beispiellose Armut drängte. Heute sind Lebensmittel, Kleidung und notwendige Gebrauchsgegenstände in ausreichender Menge zu haben. Diesmal offenbart sich der Widersinn unserer Wirtschaftsform dadurch, daß er fleißigehandte Hände zum Feiern zwingt, die Kaufkraft der Hand- und Kopfarbeiter lähmt und dadurch dauernd neue Arbeitslosigkeit erzeugt.

Das vornehmste Recht des Menschen, das Recht auf Arbeit, ist verleht. Und der Staat hat — ob aus eigener und aus fremder Schuld — heute nicht mehr die Möglichkeit, der wider Willen lahmgelagerten Arbeitskraft einen ausreichenden Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst zu geben.

Die Arbeitskraft aber muß erhalten bleiben, sie ist das höchste Gut eines Volkes. Zur Arbeitskraft gehört körperliche und seelische Gesundheit. Beides ist heute gefährdet. Die staatlichen Einrichtungen sind in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt. Die Unterstützungsfähige reichen nicht aus, um den allernotwendigsten Lebensbedarf zu befriedigen. Das trifft sowohl für die Erwerbslosenversicherung, wie für die Krisen- und Wohlfahrtserversicherungsunterstützung zu. Kriegsoffer und Unterstützung der Wohlfahrtsämter sind in ihren Bezügen geschmälert. Kommt hinzu, daß die Länge und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit sich verschärfend auswirkt. Jede Krankheit, jede familiäre Not wird wirtschaftlich stärker empfunden. Die

Familien der auf Erwerb angewiesenen Kopf- und Handarbeiter verarmen zusehends. Die Bestände an Kleidern und Hausrat werden aufgebraucht, können nicht ersetzt werden. Der allgemeine Gesundheitszustand muß leiden. Auch die moralische Widerstandskraft verringert sich unter der Einwirkung der Not. Die seelische Zermürbung macht sichtbare Fortschritte. Unter der dauernden Sorge um Essen, Kleidung, Miete, angesichts der Unmöglichkeit, die dem arbeitenden Menschen zur Selbstverständlichkeit gewordenen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, entsteht trostlose Bitterkeit und das Gefühl, verlassen zu sein. Dazu kommt der Winter. Die Kohlen steigen auf den Halben und der hungernde Mensch friert. Kartoffeln und Getreide liegen in den Speichern, das Vieh steht vor vollen Krippen, aber der frierende Mensch hungert. Die Menschen erzeugen mit Hilfe moderner Maschinen und unter Aufwand zahlenmäßig geringer Arbeitskraft molkenre Gembewe in Fülle, die Frierende wärmen können. Sie erzeugen baumwollene Stoffe, die es ermöglichen, sich sauber und ganz zu kleiden. Mit Schrecken denken wir an die körperlichen Verwahrlosungserscheinungen der Kriegs- und Inflationszeit zurück, als unter dem Mangel an Nahrung, an Stoffen und Leder, an Seife und Kohlen die durch Hunger ausgedörrten Menschen schlecht gekleidet, schmutzig und in ihrer Gesundheit geschädigt, dahingevegetierten.

Die 45jährigen sind heute zur Arbeit zu alt. Die Jugend aber kommt nicht in die regelmäßige Arbeit hinein. Die seelische Depression der Betroffenen wirkt sich naturgemäß auch psychisch aus, davon können wir uns täglich überzeugen. Wir geben uns keinen Illusionen hin über den Erfolg und Wert unserer Hilfsaktion. Sie ist geboren aus der Situation. Unsere Hilfe hat nicht den Zweck, unsere Klassengenossen mit der Gegenwart und ihrer Zwiespältigkeit auszuföhnen. Das Ziel der gesamten Arbeiterbewegung ist auch das unsrige. Auch wir wollen gesellschaftliche Zustände erreichen, wie sie im Sozialismus begründet sind. Aber — die Arbeiterbewegung hat noch nicht die Machtmittel, um den Widerstand der heutigen Wirtschaftsform aufzuheben. Wir haben den Willen, unsere ganze Kraft einzusetzen, um das einmal zusammen mit unseren Klassengenossen in der ganzen Welt zu erreichen. Was jedoch die Arbeiterwohlfahrt will, das ist dies: Sie will mit ihrer bescheidenen Kraft dafür sorgen helfen, daß der arbeitslose Kamerad aus Büro, Werkstatt und Fabrik, daß alle an dieser Wirtschaftskrise Leidenden fühlen, hier kommt aus der eigenen Klasse, aus der Bevölkerungsschicht, der sie selber angehören, der Wille zur kameradschaftlichen Hilfe. Nicht in dem althergebrachten Sinne der Wohlthätigkeit des Reichen an dem Armen, sondern in der Hilfsbereitschaft des Kameraden, der weiß, daß er morgen das gleiche unverdiente Schicksal der Arbeitslosigkeit erleiden kann.

Wenn Hilfe in diesem Geist geleistet wird, dann ist es nicht so bitter, sie anzunehmen. Die Hilfsaktion der Arbeiterwohlfahrt ist nicht Sozialismus. Aber was dahinter steht, ist sozialistische Gesinnung, verbunden mit praktischem Sinn. Es gibt keine erschöpfenden, aber doch zahlreiche Hilfsmöglichkeiten. Die Arbeiterwohlfahrt wird sie zu finden und anzuwenden wissen. Wir sind überzeugt, daß uns die gesamte Arbeiterbewegung und alle verständigen Volkskreise dabei helfen werden.

Der Lohnabbau für Generaldirektoren. Ein Gesetzentwurf auf dem Papier.

Im Reichsjustizministerium ist man zurzeit bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, der Privatgesellschaften die Möglichkeit geben soll, Angestelltenverträge, auch wenn sie über einen längeren Zeitraum oder lebenslanglich laufen, dann zu kündigen und neu festzusetzen, wenn die Gehaltsbezüge eine bestimmte, von der Reichsregierung festzusetzende Summe übersteigen.

Die Frage ist nun, ob die Privatgesellschaften von einem solchen Gesetz Gebrauch machen wollen. Dort, wo die Riesengehälter für Direktoren gezahlt werden — in der verstrukteten Großindustrie — sind die Privatgesellschaften identisch geworden mit den Generaldirektoren. Ein solcher Gesetzentwurf würde also die Ermächtigung für die Nachhaber der Großindustrie bedeuten, ihre eigenen Bezüge herabzusetzen. Die Unglücklichen sind nämlich bis jetzt noch gezwungen, phantastische Gehälter zu nehmen, weil sie vertragsmäßig dazu verpflichtet sind, und sie seufzen nach der Hilfe des Reichs, die sie vor dem goldenen Joch, von dem Zwang zur Annahme der Generaldirektorengelälter erlösen soll.

Friedensgesellschaft und Partei.

Warum reinliche Scheidung not tut.

Am 9. September vollzog der Reichstagsabgeordnete Genosse Dietrich Thüring seinen Austritt aus der Friedensgesellschaft mit folgender Begründung:

Von der Deutschen Friedensgesellschaft gehen Bestrebungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung „Das andere Deutschland“ erläßt, ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften. Ich bin nach dieser Arbeit der Deutschen Friedensgesellschaft nicht mehr in der Lage, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft bleiben zu können. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt.

In der Chemnitzer „Volkstimme“ stellte sich Genosse Böchel zwar zu dem Parteibeschluß hinsichtlich der „Freien Verlagsgesellschaft“ kritisch, aber über die sogenannte „Friedensgesellschaft“ schreibt er:

Es kann und darf nicht geleugnet werden, daß führende Personen der Friedensgesellschaft die Sozialdemokratische Partei nicht nur in Artikeln und Flugblättern angegriffen und herabgesetzt, sondern auch den Versuch gemacht haben, durch die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ eine neue Partei aufzubauen. Daß diese neue Partei nichts anderes wäre als eine weitere sichtbare Schwächung der Kraft des Proletariats, bedarf für jeden verantwortungsbewußten Sozialdemokraten kaum der Erwähnung.

Gen. Böchel schließt seine Betrachtungen mit den Worten: „Die Einheit der Partei muß und wird gewahrt werden.“

Um die Parteidisziplin!

Erklärungen zum Beschluß des Parteiaussschusses.

Die soeben erschienene Nr. 4 der Wochenzeitung „Die Fackel“ veröffentlicht folgende von der „Freien Verlagsgesellschaft“ und der Redaktion der „Fackel“ unterzeichnete Erklärung:

Der Parteiaussschuß hat einen Beschluß gefaßt, der sich gegen sonderorganisatorische Bestrebungen richtet und in erster Linie die Herausgeber und Mitarbeiter der „Freien Verlagsgesellschaft“, der „Roten Bücher“, der „Marxistischen Büchergemeinde“ und der Wochenzeitschrift „Die Fackel“ trifft.

Wir stellen hiermit vor den breiten Massen der Parteigenossen fest, daß die Behauptungen, mit denen dieser Beschluß begründet wurde, in keiner Weise zutreffen und auch in keinem einzigen Fall bewiesen wurden oder beweisbar sind.

Nicht um die Partei zu spalten, wurden die „Roten Bücher“ und „Die Fackel“ ins Leben gerufen, sondern sie wurden herausgegeben mit dem Recht der Meinungsfreiheit, die die Sozialdemokratie vor jeder anderen Partei auszeichnen muß, begründet zum Dienst an der Partei und am Sozialismus. Das allerdings ist wahr, daß die Herausgeber und Mitarbeiter von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß der politische Kurs, den die Partei in den letzten Jahren gesteuert hat, der seinen deutlichsten Ausdruck findet in der Tolerierungspolitik, der Sache des Sozialismus nicht zum Vorteil gewesen ist, sondern die Schlagkraft der Partei aufs empfindlichste geschwächt hat. Um eine politische Kursänderung haben die Genossen gekämpft; sie halten es für ihre sozialistische Pflicht, weiter für das gleiche Ziel zu wirken. Sie haben der Partei immer und überall die Treue gehalten und wollen und werden in ihr der sozialistischen Idee weiter dienen, solange es ihnen nicht unmöglich gemacht wird. In diesem Sinne werden die „Fackel“ und die „Marxistische Büchergemeinde“ weitergeführt werden.

Nicht die Schuld der unterzeichneten Genossen ist es, daß sie bei ihrer Arbeit für die Sache des Proletariats und des Sozialismus in Konflikt mit den Parteinstanzen geraten sind. Nicht sie sind es, die jeden Gedanken der Spaltung gefaßt und erörtert haben. Aber wenn schon die Gründung und die Mitarbeit an einer kritischen Wochenzeitschrift genügt, mit dem Ausschluß bedroht zu werden, wenn die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft, also das Bekenntnis zum Pazifismus als parteischädigend deklariert wird, während zu gleicher Zeit die Zugehörigkeit zu anderen der sozialistischen Idee so wesenfremden Organisationen wie Kriegerverein oder zu dem nationalistischen Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) oder dem „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“ usw. unbeanstandet bleibt, so deutet das auf den Beginn eines Gesinnungsterrors und einer Meinungsdictatur hin, dem entgegenzutreten wir als parteigenössliche Pflicht empfinden.

Daß diese Pflicht, die innerhalb einer sozialdemokratischen Partei selbstverständlich sein sollte, zum Verbrechen gestempelt wird, kann nicht der Sinn des Sozialismus, kann nicht der Sinn der Demokratie in einer sozialistischen Partei sein. An die Parteigenossen ergeht unser Ruf, uns zu unterstützen im Kampf um das Recht der Meinungsfreiheit in der Partei. An alle, die mit uns einig sind in der Ueberzeugung, daß die Zeit gekommen ist, die Grundlagen für die Vermittlung des Sozialismus zu legen und daß demgemäß die Politik der Partei orientiert sein muß, richten wir die Mahnung, sich ohne Furcht zu ihrer Ueberzeugung zu bekennen und uns bei dem schweren Werk zu helfen, das wir unternommen haben in dem einzigen Gedanken, den Weg zu ebnen für die Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse des Proletariats.

Die „Fackel“ fügt dieser Erklärung die folgende Bemerkung hinzu:

Diese Erklärung und die darin ausgedrückte Haltung werden von folgenden, bisher von uns erreichten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterstützt:

Walter Dellingshaus (Weissalen), Andreas Portune (Frankfurt a. M.), Dr. Kurt Rosenfeld, August Siemsen (Jena), Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Hans Ziegler (Dreslau), Paul Bergmann (Hamburg).

Diese offenbar in Ueberhebung und Erregung abgefaßte überaus törichte Erklärung ist nicht geeignet, jene Lösung des Konflikts herbeizuführen, die zweifellos von 99 vom Hundert der Parteigenossen erwartet wird. Es geht nicht um die Meinungsfreiheit in der Partei, die niemand antastan will, sondern es geht ganz einfach um die Frage, ob gewissen Parteigenossen der von ihnen aufgelegene eigene Laden wichtiger ist als die Partei.

Der Beschluß des Parteiaussschusses verbietet keine Meinungen, er verbietet keine Druckchriften, sondern er verbietet eine nach Parteitagsbeschlüssen unzulässige Sonderorganisation, die als „Freie Verlagsgesellschaft“ getarnt worden ist.

Gegenüber allen Entstellungen muß immer wieder hervorgehoben werden: Es gibt keinen in der Partei, der eine in kameradschaftlichem Geist geübte Kritik an der Taktik der Partei unterbinden will. Wer die Dinge so darstellt, als herrsche „Gesinnungsterror“ und „Meinungsdictatur“, der sagt die Unwahrheit und schädigt die Partei!

Einen Gipfel der Entstellungskunst erreicht die Erklärung an der Stelle, an der behauptet wird, daß durch den Beschluß des Parteiaussschusses „das Bekenntnis zum Pazifismus als parteischädigend deklariert wird“. Hier erkennt man jene Methoden der Rabulistik wieder, die soviel böses Blut in der Partei schaffen und die eine parteigenössliche Auseinandersetzung geradezu unmöglich machen.

Die Verfasser der Erklärung wissen doch, daß sich der Beschluß des Parteiaussschusses nicht gegen den Pazifismus der „Deutschen Friedensgesellschaft“ richtet, sondern gegen ganz andere, weniger appetitliche Dinge, vor allem gegen den Schmutz und Stank, der aus dem Versteck dieser Gesellschaft auf die Partei geschleudert wird. Würde eine andere Organisation in gleichem Maße zu einem Schlupfwinkel parteischädigender Treibereien gemacht, so würde gegen sie genau derselbe Beschluß gefaßt werden. Die Behauptung, der Beschluß des Parteiaussschusses deklarieren das Bekenntnis zum Pazifismus als parteischädigend, ist eine Behauptung wider besseres Wissen.

Die Erklärung wendet sich an die Parteigenossen mit der pathetischen Aufforderung, sich ohne Furcht zu ihrer Ueberzeugung zu bekennen. Dieser Aufforderung schließen wir uns vollinhaltlich an. Leute, die aus Furcht mit ihrer Ueberzeugung hinterm Berge halten, sind erbärmliche Kerle; in einer Kampfpartei, wie die Sozialdemokratie eine ist, sind sie nicht zu brauchen. Desto schärfer verwahren wir uns gegen die Unterstellung, es könnte Genossen geben, die die Dumme-

heiten der „Fackel“-Genossen nur deshalb nicht mitmachen, weil sie für sich selber irgend etwas befürchten. Man kann die Dumtheiten der „Fackel“-Genossen noch aus ganz anderen Gründen ablehnen, nämlich aus besserer Einsicht, aus stärkerem Verantwortlichkeitsgefühl, aus mehr Sorge um die Partei, aus mehr Liebe zur Partei!

Wir sind uns bewußt, damit ganz im Sinne zahlreicher Genossen zu sprechen, die mit der Politik der Partei gar nicht zufrieden sind, die Kritik geübt haben und weiter Kritik üben werden, die aber nicht daran denken, sich an Sonderbündeleien und Abspaltungsbestrebungen zu beteiligen, weil ihnen ihre politische Intelligenz und ihre Liebe zur Partei dergleichen nicht gestattet. 99 von Hundert aller Parteigenossen — ohne Unterschied der „Richtung“! — sind darin einig, den „Fackel“-Genossen zu raten: Schließt euren Sonderladen und haltet Disziplin, wie sie von jedem Parteigenossen verlangt werden muß!

Erklärung Kurt Rosenfelds.

Von Genossen Kurt Rosenfeld erhalten wir die folgende Erklärung:

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Werte Genossen!

Als Mitgesellschafter der Freien Verlagsgesellschaft bitte ich um Ausnahme folgender Erklärung zu den Tatsachen, die der Parteiaussschuß glaubte feststellen zu können und auf die der Beschluß des Parteiaussschusses vom 22. September gestützt wurde:

1. Es ist nicht wahr, daß auf der Grundlage der marxistischen Büchergemeinde Ansätze von Organisationen geschaffen sind, die in der Partei ein organisatorisches Sonderleben nach eigenen Gesetzen führten.

Wahr ist vielmehr, daß die marxistische Büchergemeinde nie einen anderen Zweck als den des Betriebes der von ihr herausgegebenen Bücher nach dem Muster anderer Buchgemeinschaften innerhalb der Partei verfolgt hat. Sie hat lediglich vor der Parteiaussschußsitzung vom 14. Juli an einigen Orten Diskussionsabende veranstaltet, an denen jeder Parteigenosse teilnehmen konnte.

2. Es ist nicht wahr, daß die „Fackel“ in einer „Geburtsanzeige“ ausdrücklich als gegen die „Leipziger Demokratie“ gerichtet bezeichnet wurde.

Wahr ist vielmehr, daß in dieser Anzeige, die doch offensichtlich in Wirklichkeit (wenn auch kein guter), mitgeteilt wurde, daß die „Fackel“ als Sprößling der deutschen Zensurfreiheit und der Leipziger Demokratie in die Welt gesetzt wurde.

3. Es ist nicht wahr, daß „man“ sich von Angestellten der Partei „durch Verteilung zur Untreue“ das erforderliche Adressenmaterial beschafft hat.

Wahr ist vielmehr, daß ein Angestellter der Partei der Freien Verlagsgesellschaft ohne jede Aufforderung einmal Adressenmaterial überhand hat.

4. Es ist nicht wahr, daß „man“ versucht, durch im Dienste der Parteipresse beschäftigte Werber den Vertrieb der „Fackel“ und der roten Bücher der marxistischen Büchergemeinde in die Wege zu leiten.

Wahr ist vielmehr, daß einzelne Parteigenossen, die vom Vertrieb von Zeitschriften leben, an die Freie Verlagsgesellschaft mit der Bitte herangestiegen sind, auch ihre Schriften zu vertreiben.

Ich protestiere dagegen, daß den für die marxistische Büchergemeinde und die „Fackel“ verantwortlichen Genossen, von denen außer dem Genossen Seydewitz, der sich als Mitglied des Parteiaussschusses wehren konnte, nicht die geringste Gelegenheit gegeben wurde, die gegen sie erhobenen Vorwürfe aufzuklären oder auch nur zu ihnen Stellung zu nehmen.

Der Beschluß des Parteiaussschusses ist zustande gekommen, ohne daß den angegriffenen Genossen gegenüber die elementarsten Rechte jedes Angeklagten gewahrt wurden: sich auf eine Anklage zu erklären.

Wir nehmen für uns lediglich das Recht der auch im „Vorwärts“ ausdrücklich zugesicherten Meinungsfreiheit innerhalb der Partei in Anspruch. Dadurch kann die Einheit der Partei nicht gefährdet werden.

Mit Parteigruß Kurt Rosenfeld.

Zu dieser Erklärung sei zunächst bemerkt: Der Vorwurf, daß den für die „Marxistische Büchergemeinde“ und „Die Fackel“ verantwortlichen Genossen keine Gelegenheit gegeben worden sei, sich gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen, ist falsch. Genosse Rosenfeld sowohl wie Genosse Ströbel und Genosse Seydewitz nahmen an der Sitzung des Parteiaussschusses vom 14. Juli teil, in der die Sonderaktion der hinter der „Marxistischen Büchergemeinde“ stehenden Genossen verurteilt und eine motivierte Warnung, die Dinge fortzusetzen, beschlossen wurde. Die Antwort darauf war die Herausgabe der „Fackel“; statt Einstellung also Verschärfung der Sonderaktion.

In Punkt 1 sagt Genosse Rosenfeld, daß die „Marxistische Büchergemeinde“ nie einen anderen Zweck als den Betrieb der von ihr herausgegebenen Bücher „nach dem Muster anderer Buchgemeinschaften innerhalb der Partei“ verfolgt habe. Die offizielle Buchgemeinschaft der Partei ist der „Bücherkreis“, gegen den die „Marxistische Büchergemeinde“ allein als Konkurrenzunternehmen innerhalb der Partei wirkt. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß in der juristischen Begründung des Anspruchs, den Namen „Marxistische Büchergemeinde“ zu führen, der juristische Bevollmächtigte Rosenfeld in seiner Eingabe an das Handelsgericht ausdrücklich betont: es sei der weitere Zweck der Büchergemeinde, Vorträge halten zu lassen, um die spezielle marxistische Auffassung der Herausgeber zu fördern. Das Arrangement dieser Vorträge ist stets ohne Kenntnis der leitenden Körperschaften der Partei erfolgt.

Punkt 2, in dem gesagt wird, daß die „Geburtsanzeige“ der „Fackel“ gegen „die Leipziger Demokratie“ nur ein Witz (wenn auch kein guter) gewesen sei, ist eine Bestätigung und keine Widerlegung der in dem Beschluß des Parteiaussschusses gegebenen Darstellung.

Zu Punkt 3 bemerken wir, daß die Vorbereitungen für ein gerichtliches Verfahren in die Wege geleitet werden, um der Freien Verlagsgesellschaft die Möglichkeit zu geben, vor Gericht festzustellen, daß Angestellte der Partei ihr ohne jede Aufforderung rechtswidrig entwendetes Adressenmaterial überhand hätten. Reinlichkeitsgefühl hätte den Verlag veranlassen müssen, der Partei dieses Adressenmaterial unter Nennung des Namens der betreffenden Person zurückzugeben.

Zu Punkt 4 bemerken wir: die Tatsache steht fest, daß die Freie Verlagsgesellschaft im Dienste der Parteipresse berufliche Werber zur Verbreitung der „Fackel“ und der Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“ veranlaßt hat. Daß auch darin Veranlassung zur Untreue liegt, müßte Genosse Rosenfeld als Jurist eigentlich wissen.

Die neuen Magistratsgehälter

Der Abbau beschlossen — Kampf um die Beamtenegehälter

Das Berliner Stadtparlament machte gestern schnelle Arbeit. Die Ausschüsse hatten die Vorberatung der vor einer Woche überwiesenen Anträge noch nicht beendet, so daß als wesentlichstes die Neuordnung der Magistratsgehälter und die Proteste der Fraktionen gegen die beabsichtigte nochmalige Revision der Beamten- und Angestelltengehälter behandelt wurden. Die Magistratsgehälter wurden nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses stark gekürzt, der Protestantrag der Sozialdemokraten gegen die weitere Herabsetzung der Beamtenegehälter wurde einstimmig angenommen.

Eine ganze Anzahl Fraktionen brachten Dringlichkeitsanträge zur Frage der Kürzung der Beamtenegehälter ein; von der sozialdemokratischen Fraktion lag folgender Antrag vor:

Durch die Sparverordnung der preussischen Staatsregierung vom 12. September 1931 werden die Verwaltungsorgane der Gemeinden verpflichtet, zu prüfen, ob die bestehenden Besoldungsordnungen für die Gemeindebeamten und -angestellten den Grundzügen dieser Verordnung entsprechen. Da diese Nachprüfung der Berliner Besoldungsordnung von der Aufsichtsbehörde bereits durchgeführt wurde, stellt die Stadtverordnetenversammlung fest, daß eine nochmalige Prüfung nicht erforderlich ist. In Verfolg dieser Feststellung beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Aufsichtsbehörde gegenüber mit aller Schärfe die Auffassung der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten, daß eine nochmalige Nachprüfung der Berliner Besoldungsordnung nicht notwendig ist.

Für die sozialdemokratische Fraktion begründete Stadtd. Genosse Robinson den Antrag. Der frühere Studienrat Löpeltmann von den Nazis hielt es für geschmackvoll, die Beamten aufzufordern, endlich in den Schreibstuben aufzumachen und „den politischen Demagogen die Tintenfässer in die Presse zu schmeißen“. Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag wurde fast einstimmig angenommen.

Die Gehälter der Magistratsmitglieder.

Um die Neuzeitsetzung der Gehälter der Magistratsmitglieder gab es nur eine kurze Debatte. Die Mehrheit der Versammlung, zu der auch die Sozialdemokraten gehörten, setzte die Gehälter stark herab. So erhält der Oberbürgermeister in Zukunft 27 000 Mark Gehalt und 12 000 M. Aufwandsentschädigung, die beiden Bürgermeister je 22 000 M. und 3000 M. Aufwandsentschädigung, die Stadträte und Bezirksbürgermeister 16 000 M., die stellvertretenden Bezirksbürgermeister 14 000 M. und die Bezirksstadträte 8400 bis 12 600 M. Die Aufwandsentschädigungen sind nicht pensionsfähig. Diese Gehaltsfestsetzung entspricht den Beschlüssen der Ausschussbeschlüssen.

Die Volksparteier hatten für den Oberbürgermeister 30 000 M. Gehalt beantragt. Bei der Abstimmung herrschte in der kommunistischen Fraktion großer Radesmudel: Nur um nicht für die Ausschussbeschlüsse stimmen zu müssen, erhob ein Teil der kommunistischen Stadtverordneten die Hand für das höhere Gehalt des Oberbürgermeisters. Erst eine energische, durch den ganzen Saal hörbare Jurechtweisung durch Herrn Wisnewski lenkte die Arme der bewilligungsfreudigen Kommunisten.

Blinder Eifer schadet nur!

Die Behandlung eines nationalsozialistischen Antrages, der die Aufhebung eines Stadtverordnetenbeschlusses über die Gewährung eines Ehrensoldes an bedürftige, um die Stadt verdiente Bürger forderte, demütigten die Kommunisten zu einer Hehe gegen die Sozialdemokratie. Da sich unter den Ehrensoldempfängern ein gut Teil

rechtsgerichtete Personen befinden, war der Stadtd. Clippert (Natsoz.) bei der Begründung seines Antrages sehr vorsichtig. So stürzte sich die Kommunistin Sandner mit unverhohlener Freude auf den Happen, indem sie dem früheren „sozialistischen“ Magistrat unterschob, nur für Sozialdemokraten gesorgt zu haben! Genosse Flatau sagte dieser blutigen Anfängerin auf kommunistischem Gebiet, wo die Wahrheit steht. „Die Sozialdemokraten haben nie die Mehrheit im Magistrat gehabt“, sagte Flatau, selbst wenn man Magistratsmitglieder zur Sozialdemokratie rechnet, die nie Sozialdemokraten waren. Die Sozialdemokraten hätten weiter aber auch gar keinen Anlaß, etwa besondere Vergünstigungen für ihre Leute durchzubringen, weil unter den 27 Ehrensold erhaltenden Bürgern nur ganze 3 Sozialdemokraten sind. Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion im Haushaltsausschuß eine Nach-

Totale Mondfinsternis am Sonnabend

Morgen, am 26. September, werden wir, falls das launische Wetter es nicht verhindert, wiederum das nicht häufige Schauspiel einer totalen Verfinsternung der Mondscheibe erleben, nachdem wir in diesem Jahre dasselbe Schauspiel schon einmal, am 2. April, vollkommen ungehindert bei ganz hellem Himmel beobachten konnten.

Eine Verfinsternung der Sonne, und gar eine totale, ist für uns viel seltener sichtbar, und nur die wenigsten werden sich erinnern können, eine solche Verfinsternung schon einmal beobachtet zu haben. Und doch ist im allgemeinen eine Sonnenfinsternis ein häufigeres Ereignis als eine Mondfinsternis; in der schon von den alten Chaldäern festgestellten Periode von 18 Jahren und 11 Tagen, dem sogenannten Saros, ereignen sich nur 29 Verfinsternungen des Mondes gegenüber 41 der Sonne, worunter allerdings nur 9 totale sind. Auch in diesem Jahre stehen den beiden Verfinsternungen des Mondes drei der Sonne gegenüber, freilich nur partielle, das heißt teilweise. Erst am 12. September wurde eine Sonnenfinsternis verzeichnet und am 11. Oktober wird sich wieder eine ereignen. Aber keine der drei Verfinsternungen war bei uns sichtbar; die erste, am 18. April, konnte nur in Ostasien und den Nordpolargegenden beobachtet werden, die vom 12. September in Alaska und dem nordöstlichen Teile Sibiriens und die vom 11. Oktober wird nur im südlichen Teile Südamerika sichtbar sein. Bei einer Sonnenfinsternis streicht der verhältnismäßig kleine Schatten des Mondes über eine schmale Zone der Erde hin, die er niemals völlig bedecken kann, so daß immer nur für wenige Erdorte die Verfinsternung eintritt. Ein bestimmter Erdort hat daher nur etwa alle 200 Jahre eine totale Sonnenfinsternis. Bei einer Mondfinsternis dagegen wird die Mondscheibe von dem weit größeren Schatten der Erde bedeckt; sie dauert daher viel länger als eine Sonnenfinsternis und wird gleichzeitig auf der ganzen, der Sonne abgekehrten Erdhälfte sichtbar, welche Nacht hat.

Auf die diesmalige Verfinsternung des Mondes zu achten, ist auch deshalb geboten, weil nunmehr eine längere Pause in diesen Erscheinungen eintreten wird, denn die nächste wird erst im Januar 1935, also nach mehr als 4 1/2 Jahren, stattfinden.

Am Sonnabend wird der Erdschatten den Mond kurz vor 7 Uhr abends mitteleuropäischer Zeit, genau 6 Minuten vorher, erreichen, es wird sich dann eine leichte Einkerbung am Mondrand zeigen, die allmählich größer wird, und schließlich, nach mehr als einer Stunde, genau um 8 Uhr 5 Minuten ist die ganze Scheibe unter dem Erdschatten ver-

schwunden, die Totalität ist eingetreten. Aber der Mond wird dann keineswegs völlig verschwunden, sondern in rötlichem Lichte noch sichtbar sein. Nach Sonnenuntergang streicht nämlich immer noch Sonnenlicht durch die Luftschicht der Erde und wird in den Erdschatten hineingebeugt. Bei starker Verunreinigung der Luft durch Wasserdampf und Staubteilchen ist diese Lichtbeugung beträchtlich, so daß die verdunkelte Mondscheibe dann fast kupferrot erscheint, während sie bei reiner Luft, in welcher die Lichtbeugung geringer ist, nur schwach rötlich glänzt.

Die Totalität der Verfinsternung wird fast 1 1/2 Stunden dauern, um 10 Uhr wird der Erdschatten vom Monde zu weichen beginnen, erst nur ein kleines Stück frei gebend, bis kurz vor 11 Uhr die letzte Spur des Erdschattens gewichen ist und der Vollmond wieder in seinem gewohnten milden Lichte leuchtet.

Hoffen wir, daß der Wettergott uns diesmal ebenso freundlich ist wie vor einem halben Jahre.

Die Totalität der Verfinsternung wird fast 1 1/2 Stunden dauern, um 10 Uhr wird der Erdschatten vom Monde zu weichen beginnen, erst nur ein kleines Stück frei gebend, bis kurz vor 11 Uhr die letzte Spur des Erdschattens gewichen ist und der Vollmond wieder in seinem gewohnten milden Lichte leuchtet.

Hoffen wir, daß der Wettergott uns diesmal ebenso freundlich ist wie vor einem halben Jahre.

Wasserflugzeug „Freundschaft“ abgestürzt.

An der Küste des Indischen Ozeans.

London, 24. September.

Das Junkers-Wasserflugzeug „Freundschaft“, das am 12. September vom Templiner See bei Potsdam zu einem Freundschaftsfluge nach Hanko gestartet war, ist, wie Clouds Aircraft Service aus Blythburgh (an der Küste des Indischen Ozeans), meldet, abgestürzt. Die Insassen sollen keine Verletzungen erlitten haben. Die Beschädigungen des Flugzeugs sind noch nicht bekannt.

Absturz eines Segelfiegers.

Auf dem Gelände der sächsischen Segelfiegerschule bei Böhi a ereignete sich am Donnerstag ein schwerer Segelflugunfall. Infolge falscher Steuerung ging das von dem Segelfliegerschüler Hans Fleischer-Berlin gesteuerte Segelflugzeug im Geißflug zu Boden. Fleischer verlag, das Höhensteuer zu reihen und schlug dadurch mit seiner Maschine hart auf den Boden auf. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dem er bald darauf im Krankenhaus gestorben ist.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

Harry seht sich wieder und streichelt Noras Wangen. „Norachen! Ein väterlicher Ton schwingt in seiner Stimme. „So kommst du nicht weiter. Du hast es nämlich falsch angefangen. Ich weiß, was dich quält, und will dir gern helfen. Schau mal, da ist Bert Telles. Ein bezaubernder Junge mit melancholischen Anwandlungen. Er hat Zeit, ist hübsch und scheint für junge Mädchen viel übrig zu haben.“

„Aber warum willst du denn nicht?“ fragt Nora weinerlich.

„Ich kann nicht . . . Ich mag nicht . . .“ Harry stodt, „die Verantwortung übernehmen.“ Was soll er ihr schon sagen.

Der Telles ist wirklich ein hübscher Mensch“, gibt Nora zu, „doch er liebt blond, ich kenne seine Freundin, die Schwester von der Wilma Rosoff, und überhaupt, ich finde dich viel netter!“ Mit elegantem Schwung springt Nora auf Harrys Knie. Die jarten Teetassen klingen melodisch. O, sie kann temperamentvoll sein! Sie kann mitreihen und bezaubern! Das weiße Bolerojäckchen streift sie von den Schultern und umschlingt mit einem nackten Arm Harrys Hals.

Harry verdreht die Augen. „Du kannst ja nicht dafür“, sagt er verjöhnen. Er studiert mit nicht allzu großem Interesse den Ansb von Noras Busen.

„Damit du besser sehen kannst . . .“ Mit ein paar geschickten Griffen entledigt sich Nora des schwarzen Georgettekleides. „Ich bin gleich wieder da.“ Sie rast in ihr Schlafzimmer und wirft einen durchsichtigen, seidenen Kimono über. Schnell, noch etwas Parfüm, Nagelöl, Nagelöl! Ihre Hand zittert, als sie den Zerstäuber ergreift. Endlich!

Der bestürzte Harry hält die schwer atmende Jungfrau in den Armen. Der Kimono hat sich geöffnet. Nora reißt ihn vom Leibe. Sie bietet ihren balsamierten Körper dar.

„Niedliches Parfüm! Von Caron, nicht?“ Harry hat eine Vorliebe für Wohlgerüche. Er verzweifelt. Der Situation ist er nicht gewachsen. Er fühlt sich entehrt, weil ihn sein Wig verläßt. Kein Bonmot stellt sich zur rechten

Zeit ein. Ein Königreich dafür! Er muß jetzt etwas tun, etwas unbedingt Geistvolles, Originelles, wenn auch Nora das Selbstverständliche erwartet. Er steht mit bödem Gesicht da. Alles andere, nur das nicht! Er könnte sich wegen seines blöden Gesichtes erschlehen.

Nora läßt sich schwer auf die Couch fallen und reißt Harry mit sich, der die Rolle eines Holzstodes übernommen hat. „Du . . .! Du . . .! Rüh mich doch endlich!“ Die Worte gurgeln heiser, tonlos hervor.

„Zum Abschied, Kleine . . .!“ Er macht sich los und sieht bedauernd auf den schlanken Körper, dessen bräunliche Haut einen warmen Ton zeigt. „Du brauchst mich wirklich nicht zu begleiten, Kindchen, ich find' schon hinaus.“ Er geht zur Tür.

Nora sieht ihm starr nach. Warum? warum? schluchzt sie auf. Ist sie häßlich? Kam sie ihm zu sehr entgegen? Hat sie irgendeinen Fehler, eine Verabschewungswürdigkeit? Nichts geht in ihren kleinen Kopf hinein. Sie sitzt auf der Couch und plärzt. Dann wirft sie sich lang hin und vergräbt ihr Gesicht in die Seidenkissen. Sie hört nicht, daß die Kinogaze eingetreten ist, die sich über den Zustand des gnädigen Fräuleins wundert. Nora liegt nicht nackt auf einer Couch herum. Das ist unschicklich und zeugt von unanständiger Bestimmung.

„Gnädiges Fräulein, der Herr Direktor wünscht Sie sofort zu sprechen.“

Aber Nora muß erst geschüttelt werden, bis sie zur Bestimmung kommt und begreift. Sie kleidet sich an, so schnell es geht. Den Herrn Direktor darf man nicht ungestraft warten lassen.

Herr Direktor Mary wartet auf Nora bereits seit zwanzig Minuten. Er hat sich murrend in sein Schicksal ergeben, aber ein großer, heiliger und gerechter Zorn möchte sich gern geräuschvoll entladen. Trotz dieses Zorns hat er sich noch zwei zarte Kalbsfilets nachherdieren lassen. Die Köchin versteht ihr Handwerk. Ehre, dem Ehre gebührt. Er tranziert eben das letzte Stück mit der selbstlosen Hingabe eines verwöhnten Gourmands, der daneben auch noch sein Interesse auf die schönen, gedämpften Morscheln zu richten versteht, als Nora in der Tür erscheint. Größere Quanten von Lavendelwasser, Puder und Lippenstift haben die Spuren der lobenden überstandenen Aufregungen hinweggewischt. Die Depression ist ebenfalls im Schwinden.

„Du kommst sehr spät“, zerhneidet die direktoriale Stimme die Luft. „Wußtest du nicht, daß ich dich erwarte?“

Ich verbitte mir, daß du es an der nötigen Ehrfurcht deinem Vater gegenüber mangeln läßt.“ Der Herr Direktor ist so empört, daß er vergißt, das rostig gebratene Fleisch auf der Gabel in den Mund zu führen.

Die temperamentvolle Äußerung väterlichen Zornes regt Nora nicht weiter auf. Sie kennt diese ganze Klaviatur und weiß sie auch zu spielen.

„Guten Tag, Papa! Wenigstens hast du wieder Appetit. Ich würde dir raten, die gedämpften Morscheln — die Nase macht schnuppernde Bewegungen — nicht kaltwerden zu lassen. Ich werde sie mal kosten.“

Der Herr Direktor schnellst in die Höhe. Zuerst ist er unfähig zu erwidern. In einem stillen Herztämmerchen fühlt er, daß Nora recht hat. Herrliche, gedämpfte Morscheln dürfen nicht vernachlässigt werden, und ebenfowenig sollte ein kultivierter Mann Kalbsfilets erkalten lassen. Das ist eine Ermüdung, die nur schenemhaft durch sein Gehirn huscht, ein Nebenbei, eine leise Untermalung, doch diese Erkenntnis verstärkt seinen Ärger, hilft das gekränkte Ehrgefühl des Vaters stützen, sie schürt einen männlichen Zorn, so daß er in hellen Flammen auflodert und die kleine Persönlichkeit des Direktors zu verlangen droht. Außerdem ist die Ermüdung eines gesunden Appetits in einer derartigen Situation unpassend, und auch die väterliche Autorität muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Aus diesem Komplex widerstreitender Empfindungen heraus donnert der Herr Direktor, schon um nicht zu erliden:

„Du sprichst mit deinem Vater!“

Dieser Ruf an das kindliche Gemüt, etwas zu rau und zu prononciert hervorgehoben, macht auf Nora nicht den geringsten Eindruck. Kein Erschrecken oder Erzittern in Großaufnahme findet statt. Im Gegenteil: Nora bekämpft heldenhaft ein aufsteigendes Lachen. Der Herr Direktor mit seinem rot angelaufenen Gesicht wirkt in der Tat nicht furchterregend, und Nora vermag in diesem Moment keine tieferen Familiengefühle aufzubringen.

„Warum schreist du so, Papa?“ fragt sie unwillig. Der Herr Direktor sieht ein, daß eine Steigerung des Zorns nicht geraten ist. Allerdings müssen auch Morscheln und Kalbsfilets aufgegeben werden. Das bedeutet einen Verlust, aber es geht jetzt um die Verteidigung der höchsten Güter eines bürgerlichen Hauses. Ganz ruhig fährt der Herr Direktor nach dem temperamentvollen Ausfall fort:

„Seh dich! Ich habe mit dir eine wichtige Angelegenheit zu besprechen.“ (Fortsetzung folgt.)

Herbst in der westlichen Mark

Eine Fahrt mit tausendem Motor.

Der Motor- und der Autofahrer, der die große Ausfallstraße nach Wittenberg-Halle erreichen will, hat es gar nicht nötig, sich durch die Straßen Potsdams zu quälen: Steglitz, Zehlendorf-Mitte, Raasdorfer Straße auf Klein-Raasdorf zu, dann Stahnsdorf, Gätzig, Philippstal, Saarmund, Langerwiesch und in Wichen-dorf auf die Hauptstraße. Man versuche es einmal. Es fährt sich gut und man erspart sich Bannsee und Potsdam. Wer aus Berlin C., N. oder D. kommt, fährt auch über Tempelhof, Lantow, Richterfelde-Ost, Teltow, Stahnsdorf und dann weiter wie be-schrieben. Die Potsdamer Strecke muß entlastet werden.

Obst, das am Weg verkommt.

Wichen-dorf zeigt auch dem Untundigen, daß es starke Ge-werkschafts-, Partei- und Reichsbannerbewegung hat. Ein sehr sauberes und freundliches Volkshaus an der Hauptstraße ladet zum Verweilen. Beelitz, ein bescheidenes Landstädtchen, hat ein geradezu pompöses Finanzamt. Weilenweit in der Runde dehnen sich die Spargelbeete. Ein Beweis dafür, daß der Bauer selbst in der sonderlichen Mark nicht in ererbter Sturheit nur Kar-toffeln und Roggen zu bauen braucht. Auch Obst gedeiht überall, wie man im Verlauf der Fahrt feststellen kann, aber es ist ein Jammer zu sehen, wie ungepflegt vielfach die Obstbäume sind. Zentnerweise verkommt das abgefallene Obst am Straßenrand. Viele Zentner verkommen und verfaulen am Baum. Die Früchte sind überfüt vom Fusilladium, der wie die Pest mütenden Schorfkrank-heit. Da werden Kreisobstbauhöfen vom Kreis bzw. vom Staat, d. h. also aus den Steuern der Bürger unterstützt, und das Resultat ist unzureichend. Da fordert die Landbundspreß, daß die Zustands-rückführung von Obst zugunsten des einheimischen Obstbaus eingeschränkt wird und die einheimischen Obstbauern sind offenbar nicht imstande, ihr Obst konsumreif zu machen und den Absatz zu organisieren.

Aus Wiesen wird Gemüseland.

Bei Brück, einem wie ein endloser Faden langgestreckten Städtchen, kommt man ins weite grüne Planetal. Vom hohen Fläming kommt die Pläne, bei Brandenburg geht sie in die Havel. Wiesen, Wiesen überall. Ganz deutlich läßt sich der Weg landwirtschaftlicher Kultur verfolgen. In der Nähe der Dörfer wird melioriert bzw. drainiert, was hier nahezu dasselbe ist, nämlich Entwässerung. Die Folge: aus der nassen Wiese wird dunkles humoses Gartenland. Weitere Folge: Gemüse- und Obstkultur. Golzow, ein paar Kilometer südlich Brandenburg, ein gemütliches altes Nest, einst fogar Stadt. Dem aufmerksamen Touristen entgeht das nicht. Hier haufen seit 800 Jahren die Herren von Radow, die sich gar heftig gegen die zugewanderten landfremden Habsburgern sträubten. Es hat ihnen nichts geholfen, sie mußten kuscheln. Aber der uradlige Stolz blieb und hat eigentlich recht behalten: die Hohenzollern mußten weichen, die alten Geschlechter blieben.

Schmuddeliges Paradies.

In Golzow ist der Drehpunkt der Fahrt. Nun geht es halt nordwärts gen Süden. Golzow, Nagel, Dippmannsdorf, Lütze, Fredersdorf, Schwanebeck, alles wohlhabende Dörfer am Rand des fruchtbaren Planetals. Sauber, behäbig sieht hier alles aus. Man merkt es auch an den Menschen. Eine starke Gruppe graugrün gefärbeter junger Leute sperrt die Chaussee in ihrer ganzen Breite. Auf das Hupensignal hebt einer den Arm, als wenn er sagen wollte, Achtung, zuerst kommen wir. Nur widerwillig machen sie Platz. Es sind junge Stahlhelmer, offenkundig Bauern-söhne, hipptopp in Klust, rotbäckig und prachtvoll genährt. Von der graulichen Rot der Massen in der Großstadt kennen diese Jungen keine Spur; ihnen geht es gut und wird es weiter gut gehen. Die Dörfer liegen am Fuß der bis zu 100 Meter ins Tal fallenden Fläminghöhen. Dippmannsdorf ist stolz auf sein „Paradies“, eine von vielen stark sprudelnden Quellen durchzogene waldige Schucht, die leider recht ungepflegt ist. Die jungen kräftigen Stahlhelmer sollten das verdreckte morastige Paradies mal ausräumen und säubern. Das wäre Heimatpflege bester Art und wirkungsvoller als jede „nationale Aktion“.

Märktisches Festungsdreieck.

Dann kommt Belgis. Seine Burg Eisenhardt bildet mit der weiter westlich liegenden Wiesenburg und der im Fläming trozig auf einer Bergnahe hochenden Burg Rabenstein ein in der Mark seltenes uraltes Festungsdreieck, einstmals Sicherungsmark gegen die Slawen. Von Belgis steigt die Straße wie im Gebirge und endet in der für die Mark sehr beachtlichen Höhe von 201 Meter bei der Windmühle von Hagenberg, wo am 27. August 1813 die märkische Landwehr, nachdem der Russengeneral Tschernitschew mit seinen Kosaken sie aus einer ver-drehten Situation befreit hatte, die Franzosen vollends ver-nichteten. Etwas weiter nördlich steht als Erinnerungsmal eine Germania, von zwei Geschützen flankiert, deren Lafetten sich all-mählich in Müll auflösen. Der Eindruck der Verwahrlosung, den das Denkmal macht, bedeutet für die Krieger- und sonstigen nation-alen Vereine des Kreises Jauch-Belgis, die sich doch so gerne schützend um solche Erinnerungsmale stellen, bestimmt kein Kompliment.

An der Grenze von Anhalt.

Der Schlosshof von Wiesenburg ist mit seinen uralten riesigen Kastanien und seiner fünfseitigen Renaissancefront ein für die Mark fast unerhörtes Erlebnis. Jeder, der zum ersten Male hin kommt, staunt offenen Mundes: So was gibt es in der Mark? Nun, ehrlich gestanden, heute zwar ist es märkisch, vor kaum mehr denn hundert Jahren war es nach kurzschlüssig. Auch Belgis war sächsisch. Tatsächlich ist man in Wiesenburg bereits in einer ganz fremden neuen Umgebung: Wegweiser zeigen nach Zerbst, Köthen und Dessau, also nach Anhalt. Hotels und Restaurants haben anhaltinische Zeitungen. Zehn Kilometer südlich oder westlich ist man in Anhalt. Großartige Wälder nehmen den Touristen auf. Hier ist der Fläming am schönsten. Bei Dorf und Burg Rabenstein ein Ausblick von gebirgsähnlicher Weite. Im schönen Schwung eines tief eingeschnittenen Tales fließt die Pläne. Bis Klemeg geht es am Rande dieses Tales entlang. Dann kommt der Abend und die Heimfahrt. Vorher aber noch die berühmteste geologische Sehens-würdigkeit des Fläminger Berglandes, die „große Kommet“ bei Reuden-dorf vor Klemeg, ein Tropfen von etwa einer Meile Ausdehnung. Die Steinbürgen ganz mit Erika überzogen, das seine letzten makrofa Blütenrispen spendet. Haupttal, Seitentäler, Berg-nasen, Bastionen, Kuppen, Taltschluß, alles ist in diesem großartigen Naturgebilde vorhanden, jedoch nur im Kleinen, etwa 10 bis 20 Meter hoch.

Auf einer unerhört trostlosen, fahlen und öden Chaussee (man schlägt jetzt dem Auto zuliebe überall die herrlichen Baumbestände der Chausseen nieder) geht es nach Treuenbriegen, wo die schlauen Hoteliers, Restaurateure und Cafetiers die autelnden und motoren-den Berliner geschickt abfangen. Dann sind wir auf der großen Ausfallstraße, die gleichfalls an vielen Stellen von abschreckender Häßlichkeit ist, und trotz genügender absoluter Breite der Autostraße durch einen lächerlich breiten Sommerweg unnötig viel Platz wegnimmt. Es beginnt auf der nachtdunklen Chaussee das erregende Spiel mit den Scheinwerfern: „Wenn du nicht sofort abblendest, dann kriegt du meinen Scheinwerfer in die Augen!“ Man stellt mit Bedauern fest, daß gar oft am Volant eines hochtourigen

Wagens kein Gentleman sitzt, sondern ein Rüpel, der dem Fahrer des entgegenkommenden Wagens rücksichtslos Lichtstrahlen in die Augen wälzt und dadurch den fremden und den eigenen Wagen gefährdet. Mit besonderer Erbitterung aber muß man die nahezu absolute Disziplinlosigkeit der radfahrenden Landbevölkerung feststellen, die sehr selten ein Koffenauge führt und fast niemals eine brennende Laterne. Man wundert sich gar nicht mehr, wenn diese Menschen, die urpöflich aus der Dunkel-heit auftauchen, überfahren werden. Es ist ihre eigene Schuld.

Es ist ein ganz ander Ding, ob man zu Fuß, zu Rad oder mit dem Auto eine Landschaft durchstreift. Mit dem Auto sieht man zweifellos in der gleichen Zeit viel, viel mehr, als wenn man zu Fuß geht. Aber man muß sich auch zusammenreißen, um die tausend Eindrücke nicht schnell, wie sie gekommen sind, verschwinden zu lassen. Man muß lernen konzentriert zu sehen und aufzunehmen. Wer das nicht kann, wird von einer Autofahrt weniger heimbringen als von einer Wanderung.

Ruf nach billigerer Volksnahrung.

Ueber die Lebensweise der deutschen Arbeiterfamilie.

Zahlreiche Vertreter von Behörden und wirtschaftlichen Organi-sationen hatten sich zu einem Vortrage des Prof. Dr. v. Tszsika vom Statistischen Landesamt in Hamburg eingefunden, zu dem der Reichsverein Volksernährung nach dem großen Saale des Vereins deutscher Ingenieure eingeladen hatte. Pro-fessor Dr. von Tszsika gab in zweistündiger Rede einen ausführ-lichen Rückblick über die Ernährung des arbeitenden Volkes vor und nach dem Kriege.

Aus früheren Jahrhunderten, so führte er aus, wisse man über die Volksernährung sehr wenig; erst später, als die eigene Land-wirtschaft den Bedarf nicht mehr bewältigen konnte und Nahrungs-mittel aus anderen Ländern eingeführt werden mußten, wären Auf-zeichnungen vorhanden. Die damalige Ernährungsweise sei nicht ideal gewesen, sondern kümmerlich und schlecht. Kartoffeln und Brot war die Hauptnahrung des arbeitenden Volkes.

Erst in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege wurde man gewahrt, daß man nur mit gut genährter Arbeiterschaft den Weltmarkt erobern kann.

Jahrhundertlang mußte der Arbeiter in der Hauptsache mit Kar-toffeln, Brot, wenig Fleisch, kaum Butter und etwas Gemüse für sich nehmen. Erst die Industrialisierung stellte andere Anforderungen an Körper und Geist der Arbeiterschaft und deren Familien. Die Arbeit des Städtlers ist nervenzerrütend und teilweise auch gesund-heitschädlich und erfordert daher eine Ernährung, die ein Gegen-gewicht gegen diese zerstörenden Kräfte bietet.

Wenn man ein einwandfreies Bild von der Ernährungsüber-sicht haben will, muß man es nach dem Einkommen und den Berufs-gliedern. Vielfach haben statistische Erhebungen über die Lebens-

weise der deutschen Familie stattgefunden. In der Vorkriegszeit wurden solche Erhebungen vom Statistischen Reichsamt durchgeführt, wobei die Feststellungen des Metallarbeiterver-bandes und der Post- und Telegraphenarbeiter be-sonderes Interesse fanden. Nach dem Kriege hat das Statistische Landesamt in Hamburg verschiedene Untersuchungen in 2000 Familien vorgenommen, teils in Arbeiterfamilien, teils in Beamten- und Angestelltenfamilien. Hierbei wurde festgestellt, daß bei einem Einkommen bis zu 1600 Mark über die Hälfte — 54 Proz. — für Nahrungsmittel ausgegeben wurde. Mit der Erhöhung des Einkommens verringerte sich der Anteil; bei einem Einkommen von 4000 Mark wurden nur etwa 30 Proz. für die Ernährung ausgegeben. Mit dem steigenden Einkommen stieg auch der Verbrauch an Fleisch, die Pflanzenkost sank herab. Die Kar-toffel als Hauptnahrung des armen Mannes zeigt sich deutlich.

In der Nachkriegszeit war das Jahr 1923 das ungünstigste; 1925 hatte sich die Ernährungsweise schon er-heblich gebessert. Der Verbrauch an Butter ist am stärk-sten bei den Beamtenfamilien, am geringsten bei den Arbeitern. Beim Verbrauch von Margarine ist es umgekehrt. Von allen Familien wird viel zu wenig deutsches Obst und deutsches Gemüse gegessen, was wohl darin seinen Grund hat, daß es viel zu hoch im Preise steht. Aufgabe einer verständigen Wirtschaftspolitik ist es, hier Wandel zu schaffen. Eine Verschlechterung der Ernährung gegen früher tritt jetzt deutlich hervor. Es muß von den leitenden Stellen dafür gesorgt werden, daß der deutsche Arbeiter billigere Nahrungsmittel bekommt, besonders Fleisch, denn das muß er haben, um wider-standsfähig zu bleiben und seine Leistungsfähigkeit nicht herab-zusetzen.

Gefälschte Hypothekenbriefe.

Ein gefährliches Schwindlerkonfession vor Gericht.

Vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte begann ein Prozeß gegen ein achtköpfiges Konfession, das mit der Herstellung und dem Vertrieb gefälschter Hypothekenbriefe befaßt war. Die meisten Angeklagten sind schon erheblich vorbestraft. Die Kaufleute Hammer-schlag und Haes wurden zu je einem Jahr einen Monat, der Kaufmann Brummeit zu sieben Monaten, die Kaufleute Gumbinski, Ramin und der Vermittler Dr. jur. Weich zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Der letzte Angeklagte, Syndikus Gut, wurde freigesprochen. Im ganzen war von der betrügerischen Bande nur ein Betrag von 1500 M. erbeutet worden.

Der verbrecherische Plan war in der Strafanstalt Plötzensee ausgeheckt worden, wo sich die Angeklagten Anton Gut, Willi Brummeit und Max Hammer-schlag, die in der Stein-druckerei als Strafgefangene beschäftigt wurden, kennen-gelernt hatten. Unter den Befangenen befand sich auch ein gewisser Hugo Kosmala, ein früherer Justizangestellter. Kosmala hatte auf Formularen des Amtsgerichts und mit Stempeln derselben Hypothekenbriefe gefälscht und verbüßt im Jahre 1928, als die ge-nannten Angeklagten sich ebenfalls in Strafhaft befanden, in Plötzensee seine Strafe. Er hatte noch Formulare und die Stempel des Amtsgerichts Guhrau in seinem Besitz. Nachdem Gut aus Plötzensee entlassen worden war, nahm er Kosmala in seiner Woh-nung auf und unangemeldet zogen auch einige Zeit später Brummeit und Hammer-schlag zu ihm in die Wohnung. Kosmala überließ dem Konfession sein Material zur Herstellung der Hypothekenbriefe und unternahm eine Reise nach Danzig. Es wurden eine Anzahl von Hypothekenbriefen, die angeblich beim Amtsgericht Guhrau ins Grundbuch eingetragen worden waren, hergestellt, und man ver-suchte, diese Hypothekenbriefe sich beliebt zu lassen. Außerdem aber wurde auch ein Hypothekenbrief über 25000 M. auf ein Grundstück in der Steintor-Straße in Berlin einer echten Hypothek nachgemacht. Auf diese Hypothekenbriefe verlangte das Konfession ein Vorschuß von 1500 Mark. Dann wurde aber Gut verhaftet. Als man nun auch Haas in seiner Wohnung in der Lindenstraße verhaften wollte, flüchtete er in den Keller. Dort fand man hinter den Heizungsrohren versteckt Papiere und Materialien, aus denen hervorging, daß das Schwindel-sonfession auch den Plan gefaßt hatte, Goldpfandbriefe der Preussischen Zentralstadtsbank zu fälschen. Der Angeklagte Gut bestritt in der Verhandlung jede Schuld, wurde aber von den anderen Angeklagten erheblich belastet.

Kleinriegel der Berliner Ostasiaten.

Chinesen gegen Japaner. — Die Politische Polizei greift ein.

Seit Tagen spielt sich im Berliner Westen zwischen Chinesen und Japanern ein erbitterter Kleinriegel ab. In mehreren Restaurants ist es schon wiederholt zwischen Gästen, die sich zum Teil aus Studierenden zusammensetzen, zu Täuschkeiten gekommen.

Die ständig wachsende Erregung der in Berlin wohnenden Chinesen über die Vorgänge in ihrer Heimat kam auch äußerlich darin zum Ausdruck, daß mehrere Lokalhaber im Westen, in denen fast ausschließlich ostasiatische Speisen verabsolgt werden, auf Verlangen ihrer chinesischen Gäste Blafats anbringen mußten, monach Japanern der Zutritt zu den Restaurationsräumen verboten

war. Die Politische Polizei des Berliner Polizeipräsidiums griff in diesen Streit ein und erklärte einem prominenten Mitglied der chinesischen Kolonie, daß die Polizei es nicht länger dulden könne, daß Ausländer in dieser Weise ihr Gastrecht anderen gegenüber mißbrauchten. Zudem hatte die Politische Polizei in Erfahrung gebracht, daß in den chinesischen Spießkollaten von den Studenten Vorbereitungen für Demonstrationen gegen die japanische Botschaft getroffen waren. Obgleich es vor der japanischen Botschaft bisher zu Zwischenfällen nicht gekommen ist, sind von der Polizei alle Maßnahmen ergriffen worden, um Tumulte von vornherein gänzlich zu vermeiden.

Die ungetreuen Gemeindebeamten.

Zuchthausurteile für Albrecht und Steffen.

Das Schöffengericht Köpenick verurteilte gestern die beiden Ge-meindebeamten von Schöneiche, den früheren Gemeindevorsteher Albrecht und den Reubanten Steffen, die durch Unterschlagungen, Betrügereien und Urkundenfälschungen die Gemeinde Schöneiche um viele hunderttausend Mark geschädigt hatten, zu Zuchthausstrafen von je vier Jahren.

Premiere bei Krone.

Das Programm der 50 großen Nummern.

Mit über 800 Tieren, darunter 100 Löwen und Tigern, 26 Ele-fanten, 20 Eisbären und 250 erstklassigen Pferden, ist der Riesen-zirkus Krone, gleichzeitig die größte reisende Tierkchau der Welt, zu uns nach Berlin gekommen. Ueber 1200 Zirkusleute geben ihr Bestes her, um bei dem vermögenden Großstadtmenschen Beifall und Anerkennung zu finden. Und die gestrige Premiere in dem gewaltigen, völlig neuen Riesenzelt war für alle, die mit dabei sein konnten, ein einzigartiges Erlebnis. Aber leider konnten sehr viele in dieser Zeit der Not trotz niedriger Eintrittspreise und trotz be-sonderer Vorzugspreise für Erwerbslose nicht dabei sein.

Das ganze Programm, das fünfzig Nummern umfaßt, rollt jetzt in ununterbrochener rascher Folge in einer großen ovalen Renbahnarena ab, die an Stelle des früheren Drei-Ranagensystems getreten ist. Es ist unmöglich, hier jeden einzelnen Namen, der genannt zu werden verdient, aus der großen Künstlerschar aufzuführen. Der ganzen Zirkusgemeinschaft gehört unser Dank. Direktor Krone leitet die große Elefantennummer, die 20 der Riesentiere in der Arena vereint, persön-lich. Er wurde gestern stürmisch gefeiert, nicht zuletzt, weil die Freunde des deutschen Zirkus wissen, wie schwer heute die „Zirkus-könige“ um ihre Kunst zu kämpfen haben.

Wir wollen uns freuen, daß wir in Berlin wieder einmal so hohe zircensische Kunst in dieser Erakttheit und Beifügigkeit zu sehen bekommen.

Nazifrawall in Oranienburg.

Ein Vorkauf, der zunächst noch ganz ungeklärt ist und der poli-zeilichen Aufklärung harzt, ereignete sich gestern Abend gegen 9 Uhr in Oranienburg an der Nordbahn. Vor dem Kommunisten-klub von Sach in der Breitenstraße fand eine Ansammlung von über 60 bis 70 Nazi statt, die, wie wir einer privaten Meldung entnehmen, Kuffalten machten, das Volk zu stürmen und zur Vor-bereitung des Sturmes zehn scharfe Schüsse abgaben. Darauf stürzten die Kommunisten aus dem Klub und es kam zu einem Handgemenge und einer wilden Schlägerei, die durch energisches Eingreifen der Polizei beendet wurde.

Anschlag auf kommunale Betriebe

Wie der Fuhrpark Treptow arbeitet — Ueberschuß bei niedrigen Gebühren

Die Rechtsfraktion der Bezirksversammlung Treptow hat einen Antrag eingebracht, den Städtischen Fuhrpark und das Städtische Bestattungsinstitut aufzulösen, da „nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters Dr. Sahm im Haushaltsauschuß der Stadtverordnetenversammlung möglichst alle Betriebe, die nicht unbedingt zum Aufgabenkreis der Stadt gehören, einzustellen seien“. Mit diesem Antrage beschäftigte sich am Dienstagabend eine sehr stark besuchte Versammlung der beim Bezirksamt Treptow beschäftigten Arbeiter.

Genosse Reuter vom Gesamtverband legte in seinem Referat dar, daß der Kampf gegen die Gemeindevirtschaft letzten Endes ein Kampf gegen die Selbstverwaltung der Städte sei. Er werde geführt von den reaktionären Parteien von dem Augenblick an, da die Sozialdemokratie einen Einfluß in den Kommunalverwaltungen auszuüben in der Lage war. Die Bestrebungen zur Befestigung kommunaler Betriebe sei nach Interessenpolitik zum Schaden der Allgemeinheit. Das zeige sich deutlich bei dem Vorgehen der Rechtsparteien im Bezirk Treptow. Der Städtische Fuhrpark und das Bestattungsinstitut in diesem Bezirk haben seit Jahren bei niedrigen Gebühren noch Ueberschüsse erzielt, die an den Kammerer abgeführt wurden. Beide Betriebe werden nach kaufmännischen Grundfätzen geleitet und legen alljährlich der Öffentlichkeit eine Bilanz vor. Im Jahre 1929 konnte der Fuhrpark Treptow einen Ueberschuß von 10 000 M. an den Kammerer abführen. Nach dem Jahresabluß per 31. März 1931 wurde im letzten Jahre ein Rohgewinn von 31 264,64 M. erzielt. Die Höhe der Abschreibungen beträgt beim Wagenpark mehr als 30 Proz. und bei den Maschinen 20 Proz. des Anschaffungswertes. Die Vorräte sind mit einer 15prozentigen Minderbemerkung aufgeführt. Da auch schon in den Vorjahren die Abschreibungen sehr hoch waren, stand am 31. März der gesamte Fuhrpark einschließlich einer Werkstat mit motorischen Maschinen, Werkzeugen und Ersatzteilen mit nur 9609,53 M. zu Buch. Der Wagenpark besteht aus 3 sechsjährigen Kraftwagen, 5 schweren Lastkraftwagen, 3 Traktoren, 10 Anhänger (mit Rippoverdringung), 4 Pferden und 8 Wagen. Sämtliche Wagen sind mit Ausnahme einer Mercedes-Daimler auf je 1 M. abgeschrieben. Hieran erkennt auch der Nichteingeweihte die Solidität des Unternehmens. Der Kassenbestand betrug am 31. März 1931 48 998,08 M. 20 000 M. sind abermals an den Kammerer zur Minderung des Kapitalkontos abgeführt worden, das nunmehr nur noch 10 018 M. beträgt. 10 000 M. wurden als Reservefonds und der Rest von 19 894,90 M. als Erneuerungsfonds dar angelegt. Die schon sehr niedrigen Fuhrparkgebühren wurden um 10 bis 20 Proz. herabgesetzt.

Das Städtische Bestattungsinstitut erzielte ebenfalls alle Jahre einen Ueberschuß, im letzten Jahre betrug er 2704,25 M. bei einer Abschreibung des Inventars auf 1 M. und des Warenlagers um 19 Proz.

Offenbar wollen die Rechtsparteien diese Betriebe gerade darum, weil sie rentabel sind, der Privatwirtschaft zuführen.

In der Aussprache erklärte der demokratische Bezirks-

verordnete Schapp, allerdings nur für seine Person, daß er gegen den Antrag der Rechtsfraktion stimmen werde. Da die Betriebe nicht nur sehr rentabel seien, sondern auch zum Wohle der Bevölkerung arbeiten, was insbesondere von dem Bestattungsinstitut gilt. Genosse Reumann gab für die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß selbstverständlich die gesamte Fraktion gegen den Antrag der Rechtsparteien stimmen werde. Es sei zu bedauern, daß nicht alle Bezirke ein städtisches Bestattungsinstitut besäßen, das sich für die minderbemittelte Bevölkerung geradezu segensreich erwiesen hat. Das Ziel der Sozialdemokratie sei freilich die kostenlose Bestattung für alle Einwohner. Vertreter der Rechts-

fraktion waren trotz Einladung nicht erschienen. Verschiedene Redner gaben sehr interessante Einzelheiten über die Arbeitsmethoden privater Fuhrbetriebe zum besten, die längst nicht mehr instand seien, mit dem Städtischen Fuhrpark zu konkurrieren. Genosse Stadtrat Peters, der Dezerent für den Städtischen Fuhrpark und das Bestattungsinstitut, wies nach, daß die kommunalen Betriebe trotz höherer Löhne ihrer Arbeiter billiger arbeiten als die privaten Betriebe. Die Risikoquote, die der private Unternehmer in seine Preise einrechnen müsse, falle bei einem vernünftig geleiteten kommunalen Betrieb fort. Der private Unternehmer sei heutzutage auch nicht mehr in der Lage, seinen Betrieb auf dem technischen Stand zu bringen, wie es die Stadt vermag.

Schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die von der Bezirksversammlung die Ablehnung des Antrags der Rechtsparteien fordert. Die Versammlung schloß aus in einem einmütigen Bekenntnis zu den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Das Geheimnis des Wollfadens

Eine Textilidealfabrik am Warschauer Platz

Strümpfe stopfen ist eine in der Frauenwelt gewiß weit verbreitete und auch notwendige, sehr nützliche, keineswegs angenehme Beschäftigung. Was kann da schon Geheimnisvolles an so einem Wollfaden sein! Er wird vom Knäuel abgewickelt, eingeklebt — und dann geht's los. Richtig! Und wo kommt er her? Aus der Spinnerei! Auch richtig. Aber wie entsteht er da? Aus Schafwolle. Und nun, bitte, nehmen Sie mal eine Hand voll Schafwolle und formen Sie daraus einen langen haltbaren Wollfaden, mit dem man Strümpfe stopfen kann. Sehen Sie, da ist Ihre Kunst zu Ende und da beginnt das Geheimnis. Wenn Sie aber wissen wollen, wie das gemacht wird, so ein kilometerlanger, haltbarer Wollfaden, dann müssen Sie sich schon mal hinausbegeben zum Warschauer Platz 6/8, den Sie erreichen, wenn Sie mit der Hochbahn bis zur Station Osthofen fahren.

Dort steht ein hohes Haus im guten Stil der Vorkriegszeit, das ein Firmenchild tragen könnte: „Spinnerei und Weberei, Appretur- und Defakteranstalt Berlin“, denn es beherbergt eine mit allen technischen Feinheiten ausgestattete vollkommene Textilfabrik. Nur daß es eben gar keine Erwerbs- und Profitfabrik ist, sondern sozusagen die idealste Fabrik, die man sich denken kann. Kurz und gut, es handelt sich um die mustergültig eingerichtete, wahrhaft lehr- und besuchenswerte städtische höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie. Wenn man zum ersten Male durch diese nicht nur auf Lernen, sondern auch auf praktische Vermertung des theoretisch Gelehrten eingestellte Schule geht, dann kommt man aus dem Staunen nicht heraus.

Im Erdgeschoß ein riesiger Maschinenaal mit 26 mechanischen Webstühlen nebst den zugehörigen Zubereitungsmaschinen. Leinen-, Baumwoll-, Wolle-, Seiden-, Plüsch- und Teppichgewebe

aller Art können und werden hier von den Schülern hergestellt. Jedermann sein eigener Weber! Der eine webt seiner Mutter einen Vorleger, der andere der Schwester einen famosen Wollstoff, ein Mädel stellt sich herrlich bunten Leinenstoff her. Dem zum Schluß hat jeder Schüler das Recht, das Selbstgewebte gegen Erstattung der Unkosten zu erwerben. Junge Menschen, die in der Not der Zeit niemals zum Erwerb eines neuen Anzuges kommen würden, weben sich selber einen tadellosen Anzugstoff. Um aber zum Beispiel einen Figurenteppich oder eine bunte Wandbespannung weben zu können, bedarf es einer Einrichtung von 14 Tagen, während danach die Maschine denselben Teppich ununterbrochen in hunderten und tausenden Stücken herstellen kann. Die Schule verfügt aber auch über etwa 27 Handwebestühle, auf denen der Schüler ganz anders als auf dem mechanischen Webstuhl den einzelnen Arbeitsvorgang verfolgen kann. Auch kunstgewerbliche Weberei bevorzugt den Handwebstuhl. Für die Herstellung von Strümpfen, Trikots, Socken, Pullovers, Strickjaden, Badeanzügen usw. ist eine eigene große Wirkerei vorhanden, und auch hier kann der Schüler, wenn er Lust hat, sich für den eigenen Bedarf (aber natürlich nur für diesen) ein Stück herstellen. Für die Herstellung von Band, Ligen, Korsetts, Fransen ist ein Posamentensaal mit 30 verschiedenen Maschinen. Band-, Flecht- und Köppelspinnenmaschinen, für Kurbel- und Maschinenstickerei gleichfalls ein Saal mit etwa 30 elektrisch betriebenen Maschinen vorhanden.

Und dann kommt

die eigentliche Herzkammer des Ganzen, die Spinnerei,

die Stelle also, von der die Weberei ihren Ausgang nimmt. Mit einem Reihwolf wird die rohe Schafwolle aufgelockert, dann zu schmalen dünnen Ketten locker zusammengefügt, die übereinander-

Inserat Serie:

Niedriger Preis Hohe Qualität

2. die Prüfung des Stoffes

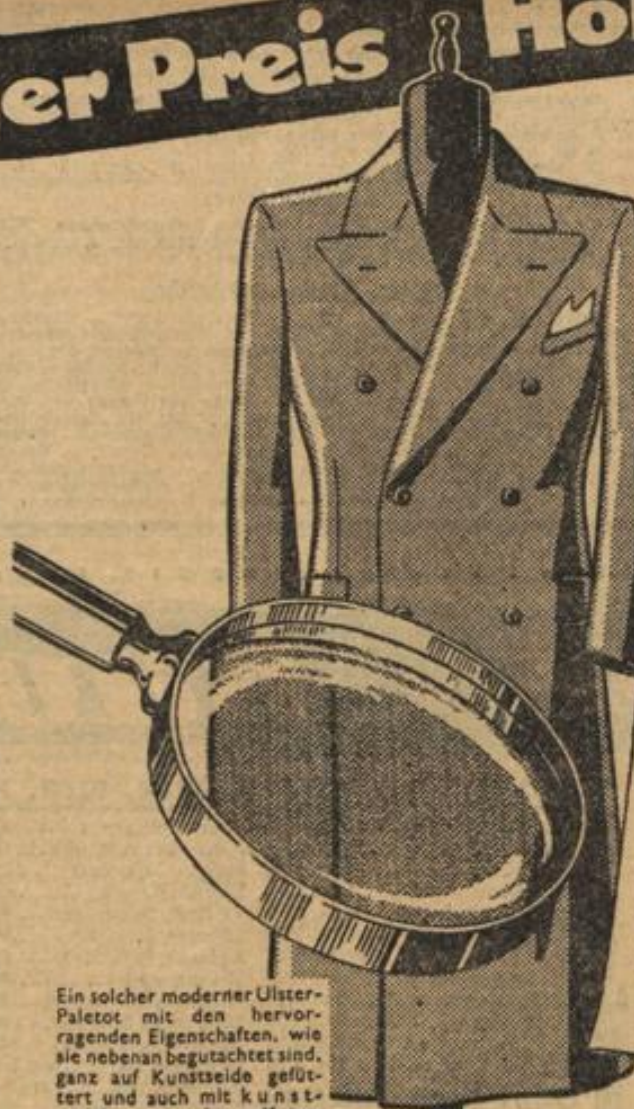
der für unsere Herren-Kleidung Verwendung findet, wird aufs schärfste und gewissenhafteste durchgeführt.

Nicht nur ein eigenes Laboratorium dient dem Zwecke der Prüfung auf Beschaffenheit der Ware, Farbestärke, Reißfähigkeit usw. usw., sondern auch das Öffentliche Waren-Prüfungs-Amt zu Berlin wird von uns zu diesen Prüfungen mit herangezogen.



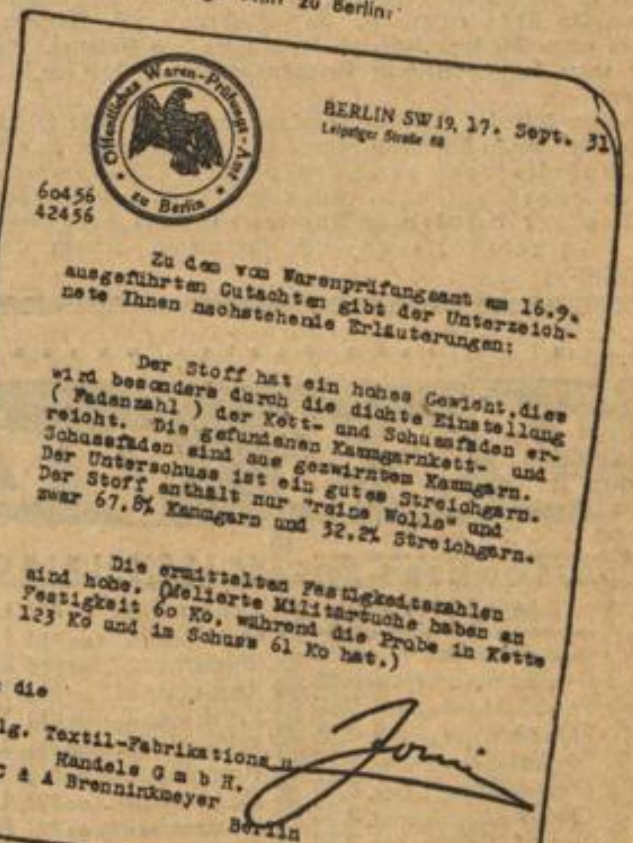
Diese strenge Prüfung gibt dafür die Gewähr, daß nichts an unser Lager kommt, das nicht jeder berechtigten Forderung auf Tragfähigkeit und Güte der Ware standhält, und daß Sie genau das bekommen, was in unseren Anzeigen oder Fenstern angegeben ist.

Wenn auch Sie die Gewißheit haben wollen, Kleidung zu tragen, die trotz aller-niedrigster Preisbemessung doch qualitativ vollwertig ist, dann —



Ein solcher moderner Ulster-Paletot mit den hervorragenden Eigenschaften, wie sie nebenan begutachtet sind, ganz auf Kunstseide gefüttert und auch mit kunstseidenem Aermelfutter kostet bei uns in verschiedenen Farbtönen **6850**

Über den Stoff des nebenstehenden Mantels z. B. schreibt das Öffentliche Waren-Prüfungs-Amt zu Berlin:



GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER
Oranienstr. 40 Am Oranienplatz
Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz
Achten Sie auf das nächste besonders interessante Inserat dieser Serie!

Dingelden schreit nach Macht.

Und die Hugenbergpartei plaudert aus der Schule.

Nachdem Herr Hugenberg in Stettin eine Attacke gegen Brüning geritten und den Schrei nach der Macht ausgestoßen hat, meldet sich die Deutsche Volkspartei. Herr Dingelden hat in einer Rede in Hamburg ebenfalls die Reichsregierung angegriffen und eine Neubildung der Regierung unter Erweiterung nach rechts gefordert. Die Berliner „Börsen-Zeitung“, ein Scharfmacherorgan, sekundiert dabei kräftig. Man spricht von einer „Nationalen Regierung“. Der Rechten in Deutschland schwebt das Kabinett Macdonald vor, sie träumen bei Tag und bei Nacht davon, daß auch in Deutschland ein „Kabinett Macdonald“ zustande kommen möge. Diese Träume können von uns aus bis in alle Ewigkeit fortgesetzt werden — aber erfüllen werden sie sich nicht.

Die „Germania“, die eben erst Herrn Hugenberg eine deutliche Absage erteilt hat, nimmt sich Herrn Dingelden vor. Seine Ausführungen, so sagt sie, seien angetan, „erhebliche Verwunderung“ zu wecken, und nach einem ironisch-überlegenen politischen Kolleg für Herrn Dingelden schließt sie: „Wenn Herr Dr. Dingelden, wie er sagt, „alle Möglichkeiten durch unmittelbare Verhandlungen“ erschöpfen will, so haben wir kein Recht, ihm dabei in den Arm zu fallen. Wie diese Erfindungen ausfallen werden, darauf hätte ihm die Stettiner und jetzt die Hamburger Rede Hugengebgs eigentlich schon Aufschluß und Antwort geben können.“

Die um Hugenberg zeigen Herrn Dingelden trotz seiner Beflissenheit die kalte Schulter. Der „Nachtag“ des Herrn Hugenberg höhnt ihn: „Dingelden hat Sehnsucht nach einem Ministerjessel“ und erzählt:

„Die Deutsche Volkspartei möchte gern nach einem Sturz des Außenministers entweder das Justizministerium oder das Reichsinnenministerium für den Abgeordneten Dingelden in Verbindung mit dem Amt des Bizanzlers haben und dann behaupten, daß damit die Rechtswendung des Kabinetts zum mindesten eingeleitet sei. Nachdem diese Pläne bekannt geworden sind, ist man in den Kreisen, die aus der Mitte heraus Dr. Curtius stürzen wollen, sehr bedentlich gestimmt.“

Das ist der unverhüllte Vorwurf gegen Herrn Dingelden, daß er seinen Parteifreund Curtius stürzen wolle, um sich selbst in seinen Ministerjessel zu setzen. Herr Dingelden wird als politischer Intrigant hingestellt, der persönliche Ziele verfolgt. Das ist allerdings ein schlechter Dank vom Hause Hugenberg!

Die Intrige aber läuft nicht gut. Herr Dingelden hat in Hamburg angekündigt, daß die Entscheidung über den Rücktritt von Curtius am Donnerstag fallen werde, und der „Nachtag“ rechnete gestern nur noch mit Stunden für Curtius. Am Abend aber erfährt man:

„Die Besprechung zwischen dem Reichszugler und dem Reichs-
außenminister über die mit dem Verlauf der Genfer Tagungen zusammenhängenden Fragen ist auf Freitagvormittag verschoben worden. Am Donnerstagabend hat das Reichskabinett seine Beratungen über das Rotprogramm für den kommenden Winter fortgesetzt. Für Freitagvormittag ist eine weitere Kabinettsitzung bereits anberaumt worden. Curtius' Berichterstattung über die außenpolitische Lage innerhalb des Kabinetts dürfte erst nach der Abreise der französischen Minister, also frühestens am Dienstag, erfolgen.“

Da muß sich Herr Dingelden also noch gedulden, bis seine Sehnsüchte in Erfüllung gehen.

Zentrums-Antwort an Hugenberg.

Der „Bressendienst der Zentrumspartei“ schreibt neuerdings zu Hugengebgs Stettiner Attacke gegen Brüning und das Zentrum:

„Wenn die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten den törichtsten Glauben haben sollten, es werde das Zentrum talentlos zusehen, wie Herr Hugenberg oder Adolf Hitler das deutsche Volk in neues Elend hineinzuführen beabsichtigen, dann werden wir sie kraftvoll genug des Besseren belehren. Wir werden sie zu keiner Stunde im ungünstigen darüber lassen, daß das Zentrum jedem Versuch, das Kabinett Brüning zu stürzen, sich in geschlossener Front gegenüberstellt, daß es niemals daran denken wird, etwa mit den Deutschnationalen eine neue Regierung zu bilden, nachdem diese vielleicht dieses Kabinett gestürzt hätten. Und noch eines sei den Herren auf der Rechten mit der notwendigen Deutlichkeit heute schon gesagt, damit sie sich auch hier keinen falschen Illusionen hingeben: Sollten jemals die Deutschnationalen die Herrschaft in Deutschland antreten, um das Chaos, einen Trümmerhaufen zu bereiten, dann würde das Zentrum nicht wieder bereit sein, ein solches Erbe anzutreten. Wir greifen den uns von Herrn Hugenberg hingeworfenen Fehdehandschuh auf. Wir werden zu kämpfen wissen, allerdings mit anderen Methoden wie Hugenberg, Oberfohren und Doehring. Dafür ist uns die Zeit zu ernst. Aber, was sich in Stettin schon offen zeigte, das politische Gaukelspiel, die Sabotagepolitik, die auf dieser Rechten betrieben wird, über die werden wir zum deutschen Volke sprechen, werden dieser von verhängnisvollen Folgen begleiteten Katastrophenpolitik die aufrichtige, ehrliche und wahrhaftige Politik der Sachlichkeit gegenüberstellen.“

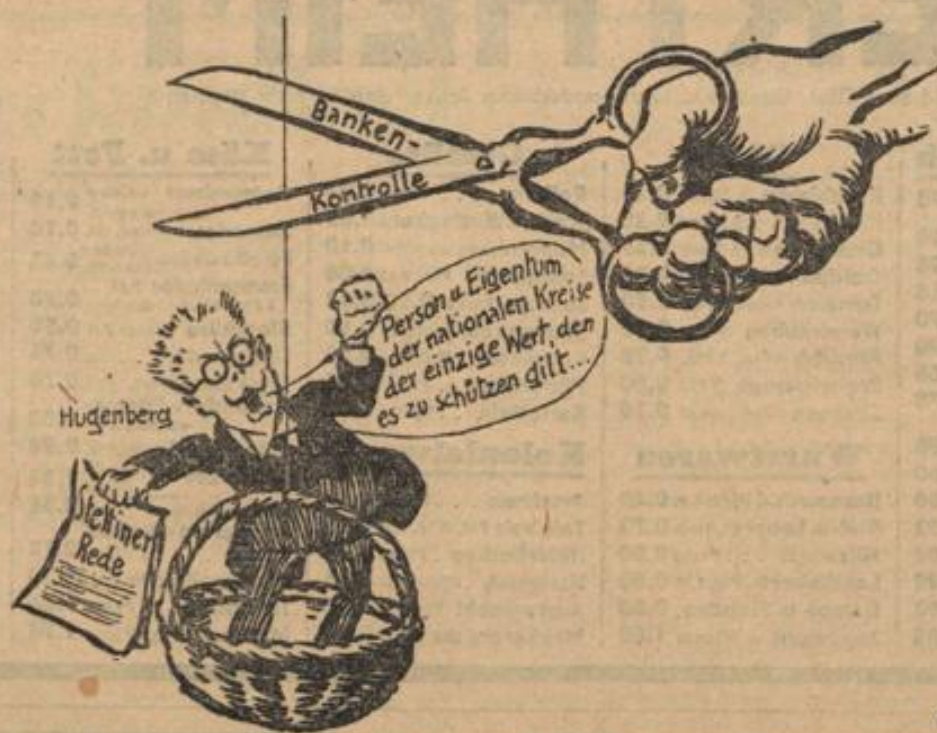
Die Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Deutschnationalen dürfte vorerst kaum ihren Abschluß finden. Das Zentrum rüstet zu einem neuen Abrechnungskampf mit den Deutschnationalen im Lande, der seinen Widerhall auch in der bevorstehenden Tagung des Reichstags finden wird.

Das schlechte Gewissen.

SA-Führer Heildorf fürchtet einen Haftbefehl.

Der Führer der SA, Graf Heildorf, dessen Verhandlung auf Dienstag, den 22., festgelegt ist, hat anscheinend nicht damit gerechnet, daß er nach seiner Rückkehr aus München hinter Schloß und Riegel kommen würde. Er hatte gestern beim Gericht beantragt, ihn in Begleitung von Polizeibeamten für zwölf Stunden aus dem Polizeigewahrsam zu entlassen, damit er seine privaten Angelegenheiten in Ordnung bringen könne. Auf Widerspruch des Staatsanwalts hat das Schöffengericht diesen Antrag abgelehnt. Graf Heildorf's Verteidiger stellen darauf den Antrag, daß ihr Mandant dem Vernehmungsrichter vorgeführt würde, damit dieser entscheide, ob er aus dem Polizeigewahrsam entlassen werden könne oder gegen ihn ein Haftbefehl erlassen werden solle. Graf Heildorf war jedoch anderer Ansicht als sein Verteidiger: Er wünschte nicht dem Vernehmungsrichter vorgeführt zu werden; anscheinend war er nicht im Zweifel darüber, daß dieser gegen ihn einen Haftbefehl erlassen würde.

Hugenberg droht.



Stimme von oben: „Alfred, denk' an Deine Danat-Kredite!“

Der Franzosenbesuch in Berlin.

Bildung von deutsch-französischen Kommissionen?

Paris, 24. September. (Eigenbericht.)

Wie der „Intransigeant“ auf Grund von Mitteilungen einer autorisierten Persönlichkeit meldet, sollen Laval und Briand die Absicht haben, in Berlin die Bildung einer oder mehrerer deutsch-französischer Kommissionen vorzuschlagen. Eine Kommission solle ausschließlich die gegenseitigen Beziehungen gemeinsam prüfen und besprechen. Auf diese Weise würden etwaige Mißverständnisse schnell beseitigt werden. Ein anderer Organismus solle die wirtschaftlichen und finanziellen Kreise Deutschlands und Frankreichs vereinen, aktivere Fühlungnahme zwischen einflussreichen Persönlichkeiten beider Länder in die Wege leiten und sich zu einem allgemeinen Informationszentrum herausbilden. Auf französischer Seite solle eine interministerielle Kommission geschaffen werden, die zugleich wirtschaftlichen und technischen Charakter habe. Natürlich werde der Berliner Besuch, so fügt der „Informatör des „Intransigeant“ hinzu, die Grundlagen des deutsch-französischen Problems nicht von heute auf morgen verändern. Man könne heute nicht mehr auf Wunder rechnen.

Doch Empfang durch Hindenburg.

Der französische Ministerpräsident Laval und der französische Außenminister Briand haben den Wunsch ausgesprochen, anläß-

lich ihres Berliner Besuches vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen zu werden. Der Reichspräsident wird diesem Wunsche entsprechen. Doch steht noch nicht fest, wann dieser Empfang stattfinden wird. In Aussicht genommen ist bisher der Montag kommender Woche.

Anspielungen in Genf.

Genf, 24. September. (Eigenbericht.)

Die im weiteren Verlauf der Konferenz ermittelten Berichte über die Modifikationen der Arbeit der Europa-Kommission hinsichtlich der geistigen Zusammenarbeit und der Arbeiten der Wirtschaftsorganisation wurden nach kurzen Aussprachen angenommen. Der französische Wirtschaftsminister Rollin schloß den letzten dieser Berichte mit dem Hinweis auf die Grundfrage des Vertrauens wie folgt: „In der gleichen Stunde, in der ich spreche, schiden sich Laval und Briand an, eine Grenze zu überschreiten, wo sich so viele Wunden abgepielt haben. Unvorsichtig, ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit ernstem und entschlossenem Herzen werden sie eine große Tat vollbringen, die, wenn die Völker sie zu begreifen wissen, ein neuer Ausgangspunkt einer wahrhaften Annäherung, einer lokalen, dauerhaften, von der ganzen Welt erwarteten, als eine der dauerhaftesten Grundlagen der Sicherheit und des Friedens.“

Kommt die Fünftagewoche?

Regierung will von Lohnausgleich nichts wissen.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Voll Sitzung am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit, ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit. Die Bestimmungen beruhen auf der in der Rotverordnung vom 5. Juni enthaltenen Ermächtigung für die Reichsregierung.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Reichsregierung wegen Herabsetzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu Erfolgen geführt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustande komme, werde die Reichsregierung genötigt sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit herabzusetzen.

Die Durchführungsbestimmungen regeln sowohl die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit unter 48 Stunden als auch die Genehmigungspflicht für die in Tarifverträgen zugelassene Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich. Insbesondere wird dabei die Einwirkung der zu erlassenden Einzelverordnungen auf die beim Erlasse schon bestehenden Tarifverträge behandelt, und zwar sowohl hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit als auch hinsichtlich der Höhe der Entlohnung. In letzterer Hinsicht sehen die Durchführungsbestimmungen grundsätzlich eine Verkürzung der Vergütung entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit vor. Nur da, wo in laufenden Tarifverträgen eine günstige Regelung zugunsten des Arbeitnehmers schon vorgesehen war, soll daran festgehalten werden.

Wir werden auf die Durchführungsbestimmungen zurückkommen, sobald sie im Parlamente vorliegen. Zum mindesten äußerst bedenklich erscheint uns, daß die Durchführungsbestimmungen einen auch nur teilweisen Lohnausgleich von vornherein zu unterbinden scheinen. Bei sehr vielen freiwilligen Vereinbarungen ist ein derartiger Lohnausgleich ausdrücklich vorgesehen. Ihn auszuschließen ist eine Befastung, die die ganzen Durchführungsbestimmungen entwerfen würde.

Keinen Getreidewucher!

Legt den Spekulanten das Handwerk.

An der Berliner Getreidebörse sind in den letzten Tagen Preissteigerungen erfolgt, die ihren Grund allein in spekulativen Maßnahmen der Beteiligten haben. Seit Sonnabend sind sowohl die Weizen- wie die Roggenpreise um 6 M. je Tonne heraufgegangen; bei den Terminnotierungen waren die Steigerungen noch erheblich stärker.

Hier sind Landwirte und Händler augenscheinlich gemeinsam am Werk, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben. Die Landwirte

halten, gestützt durch die Vorkehrungen der Schlesiens Getreidepolitik, in unverantwortlicher Weise mit dem Angebot zurück, und die Händler kaufen plötzlich viel stärker als vorher. Daß die Getreidepreise in Liverpool in den letzten Tagen gestiegen sind, will nichts besagen — die Preissteigerungen in Liverpool gleichen noch nicht einmal die inzwischen eingetretene Pfundentwertung aus. An der Berliner Börse sollen übrigens Gerüchte, die nur in böswilliger Absicht und aus Sucht nach Spekulationsproften ausgeteilt werden, über inflationistische Bestrebungen in Deutschland eine Rolle gespielt haben. Selbstverständlich ist an diesen Gerüchten nicht ein Körnchen Wahrheit.

Die Instanzen, die zur Aufsicht über die Börse berufen sind, haben die Pflicht, hier energisch nach dem Rechten zu sehen. Sollte aber die Preissteigerung sich fortsetzen, dann hat die Regierung unverzüglich bei Roggen für ein verstärktes Angebot aus den Beständen der Getreidehandelsgesellschaft zu sorgen, im übrigen mit einer Herabsetzung der Zölle diese Preissteigerungen zu unterbinden. Eine Verteuerung des Brotes kann auf keinen Fall geduldet werden; schon jetzt aber haben auch die Reichspräsidenten angezogen. Die Spekulation in Brotgetreide ist ein Verbrechen am Volke; ihr muß ein schnelles Ende bereitet werden.

Straflose Mordheke.

Die Justiz und das Holenkreuztreiben.

In den „Schleswig-Holsteinischen Hochschulblättern“ vom Februar 1931 ist unter der Verantwortlichkeit eines gewissen Dr. Hempel eine Abhandlung erschienen, in welcher mit Bezug auf Professor Gumbel folgendes erklärt wurde: „Da gibt es überhaupt nichts zu diskutieren — im Dritten Reich wird kein Kopf in den Sand rollen.“ Wegen dieser Bedrohung und Beschimpfung haben sowohl Professor Gumbel als auch die Republikanische Beschwerdestelle Berlin bei dem Oberstaatsanwalt in Kiel gegen Dr. Hempel Strafantrag gestellt, dessen Ergebnis jetzt vorliegt.

Durch Beschluß vom 28. August 1931 hat das Schöffengericht in Kiel die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, weil in der Veröffentlichung eine Bedrohung nicht zu erblicken sei. Die Beschwerde des Oberstaatsanwalts Dr. Kay gegen diesen Beschluß ist von der Ferienstrafkammer I in Kiel am 9. September 1931 aus den gleichen Gründen zurückgewiesen worden.

Der Stahlhelmprozeß.

Berufungsverhandlung gegen Seidte verlag.

Vor der kleinen Strafkammer des Landgerichts I war gestern die Berufungsverhandlung gegen die Stahlhelmführer Seidte und Düsterberg anberaumt. Der Termin mußte aufgehoben werden. Seidte liegt schwer krank darnieder.

Trude E. Schulz: Eine Proletarierkindheit

Aus Friedrich Hebbels Schuljahren

Schlimmer noch als der leibliche Hunger, kann der geistige Brennen. Das Kind armer Eltern, das nach jenen Früchten des Wissens strebt, die in den Gärten der „höheren Bildung“ wachsen, muß diesen Hunger auch heute noch zu oft kennen lernen. Die Möglichkeiten zum Aufstieg der Tüchtigen sind durch die katastrophale Wirtschaftslage praktisch nahezu völlig vernichtet. Gelingt es trotzdem einem einzelnen, unter Not und Entbehrungen körperlicher Art seine geistigen Bedürfnisse einigermaßen zu befriedigen, so zahlt er dafür fast immer den höchsten Preis: seine Kindheit. In Haus sitzt die Not am Tisch und stört ihn über die Kosten seines Bildungsdranges auf. In der Schule steht er abseits von den anderen Kindern, abseits von ihren Freuden, abseits von ihrer Welt, die nicht die seine ist. Sene dürfen noch mit dem Leben spielen, dürfen es sich noch leicht und glücklich träumen; er aber trägt bereits die Last auf seinen jungen Schultern.

So ist es noch heute; so war es früher. Wer in Friedrich Hebbels Tagebüchern und in seiner Selbstbiographie blättert, blickt erschüttert in eine grausame proletarische Kindheit, die einen Menschen zu zerbrechen drohte, den wir heute stolz zu unseren großen deutschen Dichtern zählen.

„In meinem vierten Jahr“, schreibt Hebbel, „wurde ich in eine Klippshule gebracht. Eine alte Jungfer, Susanna mit Namen, hoch und mütterlich von Wuchs, mit freundlichen blauen Augen, stand ihr vor. Wir Kinder wurden in dem geräumigen Saal, der zur Schulstube diente und ziemlich finstler war, an den Wänden herumgepfanzt, die Knaben auf der einen Seite, die Mädchen auf der anderen; Susannas Tisch, mit Schulbüchern beladen, stand in der Mitte, und sie selbst saß, ihre weiße tönernen Pfeife im Munde und eine Tasse Tee vor sich, in einem Respekt einflößenden urwälderischen Lehnstuhl dahinter. Vor ihr lag ein langes Lineal, das aber nicht zum Einzeichnen, sondern zu unserer Abstrafung benutzt wurde, wenn wir mit Stirnerzügen und Käuspern nicht länger im Zaume zu halten waren; eine Tüte voll Rosinen, zur Belohnung außerordentlicher Tugenden bestimmt, lag daneben.“ Diese eigenartige Schule war ein Privatunternehmen jener Borstherin Susanna. Es war auf recht seltsame Weise zustande gekommen. In den „Memoiren“ berichtet Hebbel darüber: „So war Susanna einmal an einem stürmischen Herbstabend, ohne einen Heller zu besitzen, und völlig fremd, auf hölzernen Pantoffeln nach Wesselsburen gekommen und hatte bei einer mitleidigen Posterswitwe um Gotteswillen ein Nachquartier gefunden. Diese entdeckt, daß die Pilgerin lesen und schreiben kann, auch in der Schrift nicht über Bescheid weiß, und macht ihr daraufhin Ansal und Fall den Vorschlag, im Ort, ja in ihrem Hause zu bleiben und Unterricht zu geben. Die Jugend, wenigstens der trischende Teil derselben, war nämlich gerade verwaist; der bisherige Lehrer, lange Zeit wegen seiner strengen Zucht höchlich geüßelt, hatte ein nehmestes kleines Mädchen zur Strafe für irgendeine Ungezogenheit entböhrt auf einen heißen Ofen gesetzt, vielleicht, um ein noch größeres Lob davonzutragen, und das war denn doch auch den unbedingtesten Berührern der Rute zu stark gewesen. Susanna stand ganz verlassen in der Welt da und mußte nicht, wohin sie sich wenden oder was sie ergreifen sollte, und sie vertauschte die gewohnte Handarbeit daher gerne, obgleich nicht ohne Angst, nach ihrem eigenen Ausdruck, mit der schweren Kopfarbeit, und die Spekulation glückte vollkommen und in kürzester Frist.“

Viel konnte solche Lehrerin ihren Schülern freilich nicht beibringen; vor allem mußte sie auch mit ihrem Wissensstoff (sogar Haus halten, damit die Kinder nicht gar zu rasch ihrer Zucht entwachsen. Hebbel berichtet darüber: „Ich blieb in Susannas Schule bis in mein sechstes Jahr und lernte dort fertig lesen. Zum Schreiben ward ich, meiner Jugend wegen, wie es heißt, noch nicht zugelassen; es war das letzte, was Susanna mitzuteilen hatte, darum hielt sie vorsichtig damit zurück. Aber die notwendigsten ersten Gedächtnisübungen wurden auch schon mit mir angeßelt, denn sowie der Knirps sich vom geschlechtslosen Klotz bis zur Höhe, und von der Fabel zum Realismus aufgebildet hatte, mußte er die zehn Gebote und die Hauptstücke des christlichen Glaubens auswendig lernen.“

Selbstverständlich ließ sich Susanna ein, wenn auch nur geringes Schulgeld zahlen, das die Eltern der wohlhabenderen Schüler noch durch allerlei Geschenke ergänzten. Susanna zeigte sich dafür erkenntlich, indem sie ihren Kindern eine bevorzugte Stellung in ihrer Schule einräumte. Die kleinen Gaben, mit denen sie Fleiß und Wohlverhalten belohnte, verteilte sie außerordentlich parteiisch. „Die Kinder wohlhabender Eltern“, liest man in den „Memoiren“, „erhielten das Beste und durften ihre oft unbedingtesten Wünsche laut aussprechen, ohne zurechnungswesen zu werden; die Vermerker mußten mit dem zufriednen sein, was übrig blieb, und erhielten oft gar nichts, wenn sie den Gnadenakt nicht hüßschweigend abwarteten. Das trat am schreiendsten zu Weihnacht heroor. Dann fand eine große Verteilung von Kuchen und Nüssen statt, aber in treuester Befolgung der Evangeliumsmorale: Wer da hat, dem wird gegeben! Die Töchter des Kirchspielschreibers, einer gewöhnlichen Respektsperson, die Ehre des Kirztes ufur wurden mit halben Tugenden von Kuchen, mit ganzen Tüchern voll Nüssen beladen; die armen Teufel dagegen, deren Aussichten für den Heiligen Abend im Gegenlat zu diesen ausschließlich auf Susannas milder Hand beruhten, wurden kümmerlich abgefunden. Der Grund war, weil Susanna auf Gegenreschenke rechnete, auch wohl rechnen mußte, und von Leuten, die nur mit Mühe das Schulgeld aufzubringen wußten, keine erwarten durfte. Ich wurde nicht ganz zurückgesetzt, denn Susanna erhielt im Herbst regelmäßig von unserem Birnbaum ihren Tribut, und ich genoh ohnehin meines „guten Kopfes“ wegen vor vielen eine Art von Vorzug. Aber ich empfand den Unterschied doch auch und hatte besonders viel von Susannas Ragd zu leiden, die mir das Unschuldigste gefällig auslegte, das Ziehen eines Lotzentsuchs z. B. einmal als ein Zeichen, daß ich es gefüllt haben wollte, was mir die glühendste Schamröte auf die Wangen und die Tränen in die Augen trieb. Sobald Susannas Parteiisheit und die Ungerechtigkeite ihrer Ragd mir ins Bewußtsein traten, brach ich den Zauberkreis der Kindheit überschritten. Es geschah sehr früh.“

Im Alter von sechs Jahren kam Hebbel in die Volksschule, die damals gerade in Wesselsburen errichtet wurde. Bis dahin hatten auch für die heranwachsende Jugend nur völlig unzulängliche Lehrsitzen bestanden, die, obwohl sie einer Art obrigkeitlicher Kontrolle unterstanden, kaum mehr als die Kunst des Lesens und Schreibens ihren Schülern vermittelten. Ungefähr in dieselbe Zeit wie die für Hebbels Bildungsengang wichtige Umsiedlung fällt ein Ereignis, das die Familie völlig in die Tiefen der Armut hinabstößt: Hebbels Vater, der Maurer Klaus Friedrich Hebbel, kann eine Schuld nicht zahlen und wird daher aus seinem kleinen Haus vertrieben. Er

bezieht mit seiner Familie eine ärmliche Mietmohnung. Das Weltbild wandelt sich für den kleinen Friedrich. Hebbel schrieb später darüber: „Als wir uns noch in Besitz befanden, wurde mein Ansehen als Rättersohn noch bedeutend durch den Birnen- und den Pflaumenbaum unseres Gartens gesteigert. Selbst im Winter wurde es nicht ganz vergessen, daß ich im Sommer etwas zu verschicken habe, und mancher hart gefrorene Schneeball, der mir unsprünglich zugeordnet war, flog doch an meinen Ohren vorüber, weil man besorgte, daß ich zu ungelegener Zeit Revanche nehmen möchte. . . Dies alles hatte nun ein Ende, und die Folgen waren anfangs recht bitter. Zunächst wurden meine Eltern feierlich als „Hungerleider“ eingekleidet, denn es ist charakteristisch an den geringen Leuten, daß sie das Sprichwort: „Armut ist keine Schande!“ zwar erfinden haben, aber keineswegs danach handeln. . . Dann fing man an, auf uns Kinder zu haken. Die alten Spieltameraden zogen sich zurück oder ließen uns den eingetretenen Unterschied wenigstens empfinden, denn der Knabe, der einen Eierkuchen im Leibe hat, blickt den von der Seite an, der den Magen mit Kartoffeln füllen mußte; die neuen häßelten uns und zeigten sich widerwärtig, wo sie konnten, ja, die „Pfleghausjungen“ drängten sich heran. Die, armen Waisen, die auf öffentliche Kosten in einem Mittelsting von Müdiätitätsanstalt und Hospital unterhalten wurden, bildeten nämlich die allerunterste Klasse; sie trugen graue Kittel, hatten in der Schule, wie die Großen in Göttingen, ihre eigene Bank, nur aus anderen Gründen, und wurden von allen gemieden, so daß sie sich selbst als halbe, Ausstüßige betrachteten und sich nur dem näherten, den sie verhöhnen zu dürfen glaubten. Doch hatte das alles zuletzt sehr gute Folgen für mich. Ich war bis dahin ein Träumer gewesen. . . Jetzt ward ich ins tätige Leben hineingetrieben. Es galt, sich seiner Haut zu wehren.“

Der Vater, von den Sorgen des Lebens verbittert, möchte seine Kinder bald zum Mitverdienen heranziehen. Beim Tode seiner Mutter schreibt der 25jährige Hebbel in sein Tagebuch: „Ihr (der Mutter) allein verbande ich's, daß ich nicht, wovon der Vater jeden Winter, wie von einem Verblingsplan, sprach, den Bauernjungen spielen mußte, was mich vielleicht bei meiner Reizbarkeit schon in den portellen Jahren bis auf den Grund zerstört haben würde; ihr allein, daß ich regelmäßig die Schule besuchen und mich in reinlichen, wenn auch gestickten Kleidern öffentlich sehen lassen konnte. Gute, rafftes um deine Kinder bemühte Mutter, du warst eine Märtyrerin.“

Nach seiner Konfirmation trat der 14jährige Hebbel als Schreiber

in den Dienst des Kirchspielschreibers Mohr. Erst im Alter von 22 Jahren wurde er aus dieser untergeordneten Tätigkeit befreit, die ihn, der schon damals an seine Berufung zum Dichter glaubte, aus tiefste niederdrücken mußte. Mohr behandelte Hebbel völlig als zum Besinde gehörig; mit keinem Ausserer mußte Hebbel das Bett teilen.

Die „Freiheit“, die sich dem jungen Hebbel dann in Hamburg durch Amalie Schoppes Unterstützung auftrat, war allerdings in Wahrheit nur ein neuer Kerker. In seinen späteren Auseinandersetzungen mit Amalie Schoppe gibt Hebbel davon ein Bild; er schrieb an sie: „Jene Zeit, wo ich fortwährend in Dittmarschen verharrend, realiter nichts von Ihnen empfing, dagegen aber von Ihnen in so mancher Zuschrift getröstet und ermuntert wurde, war diejenige, wo ich Ihnen in Wahrheit dankbar verpflichtet ward, denn das feste Vertrauen auf die Zukunft, das Sie in mir weckten und stärkten, befreit die Jugend, die noch keine Grenzen kennt, von der Gegenwart. Inzwischen waren Sie tätig für mich, lange ohne Erfolg irgendeiner Art. Endlich meldeten Sie mir, Sie hätten Aussicht zum Studieren für mich, und teilten mir das Tassächliche, daß das Fräulein Jänisch, jetzige Frau Gräfin von Rhedern, 100 Taler hergeben wollte, und daß außerdem noch ein paar Beträge. . . zu erwarten stünden, mit. (Nach Hebbels Aufstellung gingen insgesamt 150 Taler ein.) . . . Welcher Art aber waren die Verhältnisse, in die ich jetzt eintrat? . . . Den Bediententisch in Wesselsburen vertauschte ich mit Freitischen bei allerlei Leuten; den schlechten Tisch also mit dem Gnodentisch. Auf einer Schulbank, wo Knaben saßen, mußte ich, da ich mich Ihren Anordnungen nicht widersetzen durfte, mir einen Platz gefallen lassen. . . Zu meinem Oberausseher war der Herr Dr. Schmalz bestellt; dieser behandelte mich wie der Großalmojenier einen armen Seminaristen, was ich dem vielbeschäftigten, würdigen Geistlichen, der mich nicht kannte und sich die Zeit, mich kennen zu lernen, vielleicht nicht nehmen durfte, nicht verdanke und noch weniger nachtrage, was ich aber doch aufs Schmerzlichste empfand. . . Ich will jedes Herz fragen, ob ein Mensch, und noch dazu einer, in dem das siets mit unendlicher Sensibilität verbundene dichterische Talent vorwaltet, sich in einer gleichen oder ähnlichen Lage wohlfühlen kann?“

Schwerste Not und Demütigungen geleiteten Hebbel auch durch seine Studienjahre in Heidelberg und München. Am 4. Juni 1833 schreibt er in sein Tagebuch: „Wie sie mich drückt, diese hohle, flache Existenz, wie es mich drückt, für eine Last, der ich erliege, auch noch, damit sie mir bleibt, arbeiten zu müssen!“

Erfüllt, mit zerrissenen Schuhen, kommt Hebbel am 31. März 1839 wieder in Hamburg an. Seine Bildungsjahre sind abgeschlossen. Die Not ist nach immer seine treue Begleiterin. Zwei Sätze, die er im April in sein Tagebuch schreibt, ziehen das Fazit der vergangenen Epoche: „Manches für möglich halten, heißt es gewiß machen.“ Anschließend steht die zweite Notiz: „Jemanden oft prügeln, heißt, ihn aus seiner eigenen Haut einen Panzer schmieden.“

Elke: Frauenrecht unter Friedrich II.

Immer wieder wird Friedrich II. von nationalstischer Seite als das Idealbild eines Herrschers dargestellt, den man am liebsten in einem seiner hohenzollernschen Nachfolger zu neuem Leben erweckt sehen möchte. Als Inbegriff friedlicher Tugenden wird der Philosoph und Friedenspieler von Sanssouci gepriesen, und wenn er auf der Leinwand des Films erscheint, dann klopfen die Herzen seiner männlichen und weiblichen Verehrer. Besonders als Hort der Gerechtigkeit wird Friedrich gepriesen, als unbeflecklicher, unparteiischer Richter, der selbst dann ein Urteil gefällt habe, wenn es einen Nachteil für ihn selbst bedeutete. Hierher gehört die sehr schön und rührend erkundene, aber leider völlig den Tatsachen zumiderlaufende Geschichte vom Müller von Sanssouci. Hierher gehört aber auch eine längst vergessene, jedoch authentische Angelegenheit, die besonders interessant ist, weil sie Friedrichs Rolle als Ehrerichter und Beschützer einer Frau wiedergibt.

Der „Schühling“ Friedrichs war keineswegs eine unbekannte Frau aus dem Volke, sondern sie gehörte einer außerordentlich angesehenen, mit dem hohenzollernschen Hofe vielfach verschwägerten Familie an, dem Geschlecht derer von Brandenburg-Schwedt. Die junge Frau, die in diese bekannte Familie eingetrahlet hatte, war das neunte Kind des „Alten Dessauers“, das geliebte und behütete Resthätschen jenes Mannes, dem Friedrich ebenso wie sein Vater Friedrich Wilhelm I. besonderen Dank schuldete. Das „Polstinken“, wie der alte Dessauer seine Tängste zärtlich nannte, wurde glückliche Braut und Gattin des Markgrafen von Schwedt. Doch schon nach wenigen Jahren trübte sich die Ehe immer mehr. Wer daran die Hauptschuld trug, mag dahingestellt bleiben. Die junge Frau fühlte sich wohl ihrem Gatten geistig überlegen, und der Markgraf scheint seine Rolle als Herr durch besonders betonte, eigenmächtige Handlungsweise zumieilen stark untergraben zu haben. Angeblich soll er sich dann in eine Hofdame verliebt haben, die später entlassen wurde, und am Hofe flüsterete man, daß auch das Polstinken einen Verehrer gefunden habe, der sie über den Verlust des Gatten zu trösten verstehe. Jedenfalls hörten gegenseitige Beschuldigungen, Vorwürfe und Klatschgeschichten nicht auf, und der Chemann beschwerte sich schließlich bei Friedrich II., der als Familienoberhaupt das Richteramt über jede preußische Prinzessin inne hatte, und bei dem Bruder seiner Frau.

Der König machte kurzen Prozeß. Er fällte das Urteil, die junge Frau kurzerhand auf eins seiner Schlösser zu schaffen und sie dort unter der Obhut einer Oberhofmeisterin lebensänglich zu belassen. Umsonst stand der ebenfalls als Richter angerufene Bruder des „Polstinken“ um eine Unteruchung des ehelichen Zwistes, bei der auch seine Schwester sprechen dürfe. Umsonst schrieb die junge Frau selbst demütige Briefe an ihren Gatten und den König, in denen sie ihre Unschuld beteuert und versprach, keinen anderen Willen als den seiner Durchlaucht, ihres Gatten, und den Seiner Majestät, des Königs anzuerkennen und ein „gehorsam Eheweid“ sein zu wollen. Friedrich blieb hart und unbewilligt, und seiner Befehlsgewalt gegenüber gab es keinen Widerstand. Bei Nacht wurde die junge Frau trotz Weinens und Sträubens gewaltsam aus dem Schlosse gebracht, nach Kolberg gefahren und dort im Gouvernementsgebäude in der Domstraße untergebracht. Eine Oberhofmeisterin, eine Hofdame und sechs Bediente nahmen die Markgräfin unter „ihren Schutz“, d. h. die Markgräfin durfte unter keinen Umständen allein ausgehen oder ausfahren. Sie war eine Gefangene und hatte sich allen Vorschriften zu fügen.

So lag denn das arme Polstinken allein in einem gottverlassenen kleinen Landstet und hatte Zeit genug, darüber nachzudenken, was es hieß, eine preußische Prinzessin zu sein und den großen Friedrich als „Beschützer“ zu haben. Kolberg war damals

ein elendes Landstädtchen, und die ihrer Freiheit beraubte junge Frau verging dort fast vor Langeweile. Sie hatte nicht die geringste Abwechslung, Anregung oder Unterhaltung, und da eine preußische Prinzessin aus Standesrücksichten nichts tun durfte, was nur im entferntesten dem glück, was ein gewöhnlicher Sterblicher „Arbeit“ zu nennen gewohnt ist, so waren die Tage und Wochen endlos.

Doch es sollte noch schlimmer kommen. Der Gatte der Gefangenen hatte gewisse geldliche Verpflichtungen für den Unterhalt seiner Frau übernehmen müssen, aber er erfüllte sie nur teilweise. Monatlich kamen etwa 50 Taler in Kolberg an. Dapon sollten die Markgräfin, die Haushofmeisterin, die Hofdame und die sechs Diener leben. Wieder erhoben die Geschwister Einspruch beim König, aber Friedrich hüllte sich in Schweigen. So blieb ihnen nichts übrig, als ihr Polstinken mit Geld und Lebensmitteln zu versorgen. Aber der König ging noch weiter. Er verweigerte dem Markgrafen, der schließlich der ganzen Sache müde wurde und um Scheidung bat, um klare Verhältnisse zu haben, ausdrücklich seine Zustimmung, weil er die Verhältnisse nicht ändern wollte. Selbst während der drei Belagerungen Kolbergs durch die Russen im Siebenjährigen Kriege, als das Haus der Markgräfin unter dem Bombardement stand, wurde ihr streng verboten, die Stadt zu verlassen. Schließlich flüchtete sie unter die Gewölbe des Kattstellers. Nach der Einnahme Kolbergs stellte sie sich unter russischen Schutz und atmete auf, der Knechtschaft entronnen zu sein. Doch nach dem Tode der Zarin Katharina übernahm Friedrich von neuem das „Protektorat“.

Der Prediger Kolbergs und der Major Heyden, der sonst als bürbeßiger alter Mann galt, sogar Friedrichs eigene Schwester, die Markgräfin von Bagreuth, legten sich ins Mittel, um die Quälereien und Schitanen, denen die junge Frau ausgeßelt war, zu beenden. Bis zu ihrem Tode blieb sie Gefangene, nachdem sie 31 Jahre in Kolberg verbracht hatte, ohne ihr Kind wiederzusehen zu haben.

Welches mögen die Gründe gewesen sein, die den „gerechten“ König zu einem so harten Spruche bewegen? Sie sind nicht schwer zu erraten. Die Markgräfin von Schwedt, die sehr reich war, fiel in dem Augenblick an die preußische Krone zurück, in dem keine männlichen Erben vorhanden waren. Das markgräfinliche Ehepaar hatte zwar zwei Töchter, aber keinen Sohn.

Demnach steht das Bild des „gerechten Königs“ in der nüchternen Wirklichkeit etwas anders aus als in der Spiegelung romantischer Herzen. Und wenn schon gegen eine Prinzessin, deren Vater dem König so viele unschätzbare Dienste geleistet hatte, eine solche recht- und würdelose Behandlung möglich war — wie vollkommen vogelfrei mögen dann erst die Frauen der Bauern und der proletarischen Untertanen, die durch die langjährigen Kriege völlig verarmt waren, gewesen sein! Wenn uns also auch heute noch rührende Anekdoten über diesen unparteiischen Richter vorgelesen werden und der Film die edlen Eigenschaften des großen Hohenzollern noch so einschmeichelnd vor die Seelen stellen mag: Wir Frauen haben jedenfalls am wenigsten Grund, uns einen solchen „Landesvater“ wieder zu wünschen.

Die Bräuterei auf Neuseeland ist der einzige Nachkomme der großen Sauter, die in großen Scharen die Erde zur Sekundärzeit bevölkerten.

Menschen mit grünem Haar findet man in Chile, bei den großen Kupfergruben. Dort wird das Rohzerg in Hochöfen geröstet, und die Dämpfe dieses Verfahrens führen ziemlich rasch die seltsam Farbänderung herbei. Im übrigen bleibt das Haar unbeschädigt.

Das Ringen in der Mandchurei.

Erstürmung der japanischen Wirtschaftsbasis.

Der Ueberfall der Japaner auf Mukden und was ihm folgte, stellt sich, von der Ferne betrachtet, dar als ein neuer Angriff des aggressiven japanischen Imperialismus. Sein Ziel ist offenbar eine Erweiterung des japanischen Machtbereichs über seinen jetzigen Umfang hinaus. Wenn Hoshizawa in Genf beteuert, Japan sei zu seinem Vorgehen gezwungen, weil es seine außerordentlichen Interessen in der Mandchurei verteidigen müsse, so ist das offensichtlich eine der üblichen diplomatischen Lügen. Und dennoch: Japan ist wirklich in der Verteidigung.

Der militärische Angriff dient der Verteidigung einer wirtschaftlichen Position.

Japan kämpft um die Erhaltung seiner alten Stellung in der Mandchurei, die in den letzten Jahren mehr und mehr gefährdet wurde. Die japanische Kolonie Südmandchurei defektionalisiert sich. Das große zukunftsreiche Gebiet nördlich der chinesischen Mauer, Chinas Kanada, droht den Fängen des japanischen Imperialismus zu entgleiten, die Mandchurei will chinesisch werden.

Man ist so sehr gewohnt, sich China als den „kranken Mann des Ostens“ vorzustellen, ökonomisch zerrüttet, politisch zerspalten und ohnmächtig, daß die Behauptung, die Großmacht Japan werde von China mit wirtschaftlichen Mitteln aus ihrem Kolonialbesitz verdrängt, zunächst recht unwahrscheinlich klingen muß. Allerdings weiß man, daß es Japan nicht gelungen ist, seinen Traum, die Mandchurei zu einer Bevölkerungskolonie zu machen, zu verwirklichen. Als mit dem Sturz der Mandchudynastie das dünnbesiedelte Land

für die Einwanderung freigegeben

wurde, strömten die chinesischen Bauern und Saisonarbeiter Jahr für Jahr in so ungeheuren Massen aus den nördlichen Provinzen in den „fernen Norden“, daß heute 90 Proz. der Bevölkerung Chinesen sind. Es gibt in der Mandchurei nicht mehr als 200 000 Japaner, das Klima sagt dem ozeanischen Inselklima nicht zu. Und selbst wenn man die vielen Koreaner, überwiegend Bauern, welche sich in der Mandchurei angesiedelt haben, Japan zurechnet, so bleibt das Land noch immer ganz überwiegend chinesisches Land und wird es immer mehr. Japan herrscht durch den Besitz der wirtschaftlichen Kommandohöhen, vor allem durch die Südmandchurische Bahn. Ihr Netz hat sich, zum Unterschied von dem der russischen Ostchinesischen (Nordmandchurischen) Bahn bedeutend ausgedehnt; alle Linien, die die Japaner gebaut haben, tendieren nach dem japanischen Hafen Dairen, der mit vielen Millionen Yen zu einem der modernsten Häfen Ostasiens ausgebaut worden ist. Ueber Dairen wird die Hauptmasse der mandchurischen Sojabohnen ausgeführt. Zweifellos ist

die märchenhafte Entwicklung des Sojabohnenanbaus

zu einem guten Teil der japanischen Initiative zu verdanken. Betrug die Ernte 1915 erst 34 Millionen Bushel, so stieg sie bis 1929 auf 222 Millionen, 5,4 Millionen Tonnen. Davon werden rund 2 Millionen lokal konsumiert, mehr als 3 Millionen exportiert. Es ist bekannt, was die Destruchenfütterung für die Landwirtschaft Dänemarks, Hollands und anderer Länder mit entwickelter Milchproduktion und relativ kleiner Weidewirtschaft bedeutet. Die Sojabohnen wurden auf japanischen Bahnen befördert, der Handel mit Sojabohnen lag zu einem großen Teil in japanischen Händen. Die Japaner haben Unsummen für die Förderung des Kohlenbergbaus ausgegeben.

Die größten Bergwerke in der Mandchurei, die Fushun-Gruben, sind im Besitz der Südmandchurischen Bahn, sie versorgen Japan mit hochwertiger Kohle, die das Inland selbst nicht hat.

Von der Förderung von 7 Millionen Tonnen gehen etwa 2,2 Millionen nach Japan, 1 Million verbraucht die Bahn und 2 Millionen verbrauchen die japanischen Industrierwerke in der Mandchurei. Japan besitzt in den Anshan-Werken die modernsten Eisen- und Stahlbetriebe in China, und wenn die Showa-Eisenwerke gebaut sein werden, deren Inangriffnahme nur vorläufig

zurückgestellt werden mußte — Japan leidet unter der Weltwirtschaftskrise ganz außerordentlich —, dann wird zu den alten Kommandohöhen eine neue dazugeschlossen sein. Wenn nicht inzwischen diese alten Kommandohöhen selbst verloren sind. Denn dieses Schicksal bedroht sie. Es abzuwehren, greift Japan jetzt an.

Der Sojabohnenhandel ist jetzt chinesisches Staatsmonopol.

Der Herr der Mandchurei, General Tschangtscholin, hat einen offiziellen Einkaufsapparat geschaffen, der allein das Recht hat, dem Bauer seine Bohnenernte abzukaufen, und alle Proteste Japans haben die Liquidierung dieses Einkaufsmonopols nicht erreichen können. (Es ist wohl überflüssig, ausdrücklich zu bemerken, daß den alten General nicht staatssozialistische Ueberlegungen geleitet haben, sondern ausschließlich die Sorgen um die Finanzierung seiner Armee.) Die Sojabohnen wurden aber noch immer auf japanischen Bahnen verfrachtet und über einen japanischen Hafen ausgeführt. Auch das beginnt sich zu ändern.

Die Bahnen, welche die Japaner gebaut haben, wurden nicht mehr mit jenen Privilegien ausgestattet, welche seinerzeit den Russen und den Japanern gewährt wurden. Sie waren formal chinesisches. Doch Japan gab die Anleihen dazu, japanische Ingenieure bauten sie, japanische Beamte saßen in der Verwaltung. Vor allem aber waren die neuen Linien bloße Hilfs- und Flügelbahnen des japanischen Eisenbahnsystems, ihr Endpunkt war indirekt der japanische Hafen Dairen. Auf dieses Bahnetz stützte sich die japanische Macht. Nun ist seit 1923, ohne daß die Welt, mit anderen und größeren Sorgen beschäftigt, besonders darauf geachtet hat,

ein ganz imponantes Netz von rein chinesischen Bahnen

entstanden, erbaut von chinesischen Ingenieuren, finanziert zur Hälfte von der mandchurischen Regierung, zur Hälfte von den chinesischen Kaufleuten. Und zwar ein Netz von Linien, die nicht mehr nach Dairen tendieren, sondern Anschluss haben an die chinesische Peking—Mukden-Bahn. Im Mai dieses Jahres wurde in Mukden der „Autonome Verband der Japaner in der Mandchurei“ gegründet. Er erhebt zwei Hauptforderungen: die Peking—Mukden-Bahn darf die Südmandchurische Bahn nicht kreuzen, und der Verkehr auf der chinesischen Linie Tschangtscholin—Paiyintala muß eingestellt werden! Das neue, sich immer mehr ausdehnende chinesische Eisenbahnnetz beginnt

zu einer tödlichen Drohung für das alte japanische Eisenbahnmonopol

zu werden. Um so mehr, als China mit aller Energie daran geht, seinen eigenen Hafen zu bauen. Seit dem Sommer 1930 baut eine niederländische Firma Hulutas am Golf von Pechili aus. China hat sich keinen Deut um die Proteste Englands gekümmert, als es die für die Zinszahlung englischer Anleihen reservierten Ueberflüsse aus den Einnahmen der Peking—Mukden-Bahn dem Hafenbau in Hulutas widmete. In vier Jahren soll Hulutas fertig sein, eine Konkurrenz für Dairen, Endpunkt der neuen chinesischen Linien. Weiter aber: Bahnen wie die von Szepintai nach Laonan und weiter nach Tschifur, früher japanische Hilfslinien, erhalten nunmehr eine ganz neue Bedeutung, sie werden zu Teilen des chinesischen Systems! Japans Verkehrsmonopol ist also auf das aller schwerste bedroht.

China führt den Kampf um die ökonomische Rückeroberung der ihm geraubten Mandchurei, der die politische Rückeroberung folgen muß, mit größter Energie. Es hat der Schieferungsproduktion in Fushun tausend Schwierigkeiten gemacht, es erhebt ungeheure Ausfuhrabgaben auf die Fushun-Kohle, es hindert, wie es nur kann, den Zugang von Arbeitern nach den Anshan-Werken.

Mit jedem Jahr wird Chinas Stellung in der Mandchurei stärker, mit jedem Jahr verliert die Mandchurei mehr den Charakter einer japanischen Kolonie. Es mag vielleicht Japan noch eine Zeitlang gelingen, mit brutaler Gewalt zu halten, was es mit brutaler Gewalt genommen hat. Die Entwicklung der letzten Jahre macht es sicher, daß die Mandchurei chinesisches werden wird. M.

Aktienhaufe in London.

Die Flucht in die Sachwerte.

Am der Londoner Börse herrscht Hochbetrieb. Besonders auf den Aktienmärkten hat gestern die stürmische Nachfrage ein derart rasches Steigen der Kurse zur Folge gehabt, wie es seit der berühmten Hoover-Haube nicht mehr stattgefunden hat. Der starke Andrang bei den Wertpapierkäufen stellt im Grunde nichts anderes dar als eine Flucht in die Sachwerte, die Deutschland aus der Zeit der Inflation nur zu gut bekannt ist.

Die Kaufkraft steigerte sich in den letzten Börsestunden noch gewaltig, als die weitere empfindliche Schwächung des Pfundsterkes im Ausland bekannt wurde. In New York ging der Pfundkurs, der schon am Vormittag bis auf 3,93 Dollar gesunken war, bis auf 3,89 Dollar zurück (Parität 4,86) und in Paris sank das Pfund nach 99% bis auf 98% Franken (Goldparität 124,2).

Wie auf den Effektenmärkten, herrschte auch auf den Metallmärkten großer Andrang der Käufer. Stellenweise waren regelrechte Angstkäufe zu beobachten. Blei und Zinn, die wie alle anderen Metalle bisher unter anhaltendem Preisdruck standen, sprangen mit ihren Preisen scharf an. Bei Blei betrug die Steigerung mehr als 8 Proz., während Zinn von 119 auf über 126 Pfund stieg. Auch auf dem Kupfermarkt hielt die Preishaufe an.

Hypothekendarlehen spüren keine Krise.

Aber die Lage wird schwarz in schwarz gemalt.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken, die das deutsche Realreditgeschäft beherrscht, hielt am Donnerstag eine Sitzung ihres Gemeindefrates ab, in der das Ergebnis des ersten Halbjahres und die Entwicklung des Hypothekengeschäfts zur Diskussion stand.

Der Darlehensbestand der sechs Banken hat in dieser Zeit um 44 Millionen Mark zugenommen und der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen um 71 Millionen Mark. Der Ueberbruch des ersten Halbjahres entspricht der Hälfte des Jahresergebnisses von 1930, wobei die laufenden Erträge sich noch erhöht haben, während die einmaligen Einnahmen zurückgegangen sind. Andererseits haben sich die Verluste ganz erheblich vermindert.

Die Rückstände auf die Darlehenszinsen stellen sich auf rund 5,2 Millionen Mark, betragen also 4,6 Proz. des Zinsfolls. Die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen belief sich im abgelaufenen Halbjahr bei 88 000 Darlehen auf 494, im vorhergehenden Jahr betrug die Gesamtzahl der Zwangsversteigerungen 919. Der Zinseingang für das laufende Vierteljahr wird gleichfalls als befriedigend erklärt.

Dem größten deutschen Hypothekendarlehenkonzern ist es also auch in der verschärften Krisenzeit des ersten Halbjahres 1931 glänzend ergangen. Die dringenden Vorstellungen des Herrn Generaldirektors Frankel bei der Regierung, den Hausbesitz durch Abbau der Hauszinssteuer zu entlasten, um einer „Gefährdung des Realredites“ vorzubeugen, erweisen sich somit als reinster Zweckpessimismus. Der „Schutz des Hausbesitzes“, der von Herrn Frankel und den übrigen Direktoren der privaten Hypothekendarlehenbanken gefordert wird, stellt im Grunde nichts anderes dar als ein Schutz der Bombenblöden, mit denen die Hypothekendarlehenbanken auf Kosten der Kreditnehmer ihre Aktionäre seit Jahren gefüttert haben.

Das Braunkapital ist zufrieden!

Kein Ausfall der Dividendenzahlungen zu erwarten.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise, der enormen Arbeitslosigkeit, ist der Bierabsatz in diesem Jahre wohl um 20 Proz. oder mehr gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Das Braunkapital bemies zu Anfang dieses Sommers eine erstaunliche Luagentraut, um der Defizitlastigkeit einzureden, der ganze Absatzrückgang und der sichere Ruin des Braugewerbes seien durch die Steuererhöhungen verursacht.

Daß es mit dem „sicheren Ruin“ noch gute Weile hat, zeigen die ersten Nachrichten, die die Bewilligungen einiger großer Brauereigesellschaften an die Defizitlastigkeit geben. Die Reichelbrau A.-G. Kulmbach, die im Vorjahre 20 Proz. Dividende verteilte, bezeichnet den Abschlag als „zufriedenstellend“. Die Engelhardt-Brauerei verteilte im Vorjahre 13 Proz. Dividende; ihr Abschlag sei „erfreulicherweise den Umständen nach befriedigend“ gewesen. Ueber die Dividenden sind natürlich noch nirgends Beschlüsse gefaßt worden. Aber die Schultheiß-Brauerei, die Brauerei dementiert ausdrücklich die Nachricht, daß sie ihre Dividende von 15 auf 10 Proz., also um einen höheren Prozentsatz als dem Abschlag entspricht, herabsetzen werde. Alle diese Gesellschaften werden also auch in diesem Jahre Dividende zahlen, sogar eine für heutige Verhältnisse in Deutschland sehr hohe Dividende. Wenn die Brauereigerichte in diesem Jahre niedriger als im Vorjahre sind — die Volkswirtschaft wird es ertragen können. Auch hier ist wieder der Beweis geliefert, was man von dem Interessentengeschrei über die ruinöse Besteuerung zu halten hat.

Rölnner Bankhaus in Schwierigkeiten.

Das im Jahre 1858 gegründete Rölnner Bankhaus Deichmann u. Co. hat die Zahlungen eingestellt. Die Insolvenz ist eine Folge starker Kreditabsätze während der letzten Monate, vor allem aber eine Folge der Unmöglichkeit, die Forderungen an die rheinisch-westfälische Industrie flüssig zu machen.

Die Bedeutung dieses Privatbankhauses ist heute nicht mehr sehr groß, doch hat es am Aufbau der westdeutschen Schwerindustrie starken Anteil gehabt. Heute noch gehört ein Mitglied des Bankhauses 28 Aufsichtsräten an. Diese Zahlungseinstellung ist wieder ein Zeichen dafür, daß die Kreditfragen in der rheinisch-westfälischen Industrie immer dringender einer grundsätzlichen Bereinigung bedürfen, selbst wenn noch mehr Bankhäuser dabei in Mitleidenschaft gezogen würden. Uebrigens hat den letzten Druck zur Schalterschließung die Entwicklung der letzten Tage in England ausgeübt, da das Haus Deichmann u. Co. eng mit dem Londoner Markt zusammengearbeitet hat.

Amerikas Stahltrüff nur ein Drittel beschäftigt.

Nachdem die größeren öffentlichen Aufträge, durch die sich in den letzten Monaten der Beschäftigungsgrad der amerikanischen Schwerindustrie etwas erhöht hatte, erledigt sind, zeigt sich die Krisenauswirkung wieder in schärferem Ausmaße. Beim amerikanischen Stahltrüff, der fast die Hälfte der gesamten amerikanischen Eisen- und Stahlproduktion umfaßt, ist die Produktion erneut zurückgegangen und betrug in der ersten Septemberwoche nur noch 32 Prozent der Leistungsfähigkeit der Anlagen. Die Beschäftigung ist also noch ungünstiger als in Deutschland. Dabei hat Deutschland noch die Chance, durch Preislenkung seinen Inlandsabsatz zu verstärken. In dieser Richtung ist aber immer noch nichts geschehen!

Die Verluste am Pfunde.

Schwierige Lage der Bank von Frankreich.

In seinem letzten Wochenbericht befaßt sich das Konjunkturinstitut mit den Ursachen und Wirkungen der englischen Währungsschwierigkeiten. Die Untersuchung geht von der Feststellung aus, daß die von Zentraleuropa auf England hinübergeschlagene Mißtrauenswelle gegen das englische Pfund Großbritannien wirtschaftlichen Kredit erschüttert habe. Der Gesamtbetrag der Abrufe und Rückzahlungen ausländischer Guthaben in letzter Zeit wird offiziell auf 200 Millionen Pfund (4 Milliarden Mark) angegeben, was etwa

der Hälfte der gesamten ausländischen Guthaben in England

entsprechen dürfte. Zu diesen Abzügen des Auslandes traten aber noch der Meinung des Konjunkturinstituts in den letzten Wochen offenbar noch beträchtliche Steuerfluchtgelder.

Durch die Einstellung der Goldentlösung werden zwar die Zahlungen Großbritanniens an seine Gläubiger nicht berührt, jedoch verlieren die Zahlungen infolge des gesunkenen Pfundsterkes an reale Wert. Am stärksten müssen diese Verluste aus der Entwertung des Pfundes diejenigen Gläubiger treffen, die außerhalb der englischen Grenzen die stärksten Pfundforderungen bei sich vereinigen.

Dies ist in erster Linie die Bank von Frankreich, die heute noch Pfunde im Gesamtbetrag von etwa 10 Milliarden Franken — etwa 1,6 Milliarden Mark — besitzen dürfte.

Die eigenen Mittel der Bank von Frankreich belaufen sich ausschließlich der nicht offen ausgewiesenen Reserven auf 450 Millionen Franken. Eine Abwertung des englischen Pfundes von nur 5 Proz. würde also bereits genügen, die offen ausgewiesenen Mittel der Bank von Frankreich aufzuzehren und damit den Wert der Aktien der Bank von Frankreich, die sich in den Händen privater Besitzer befinden, empfindlich zu drücken. Geht die Entwertung des Pfundes aber über 10 Proz. hinaus, so würde der Verlust der Bank von Frankreich einen Umfang annehmen, der voraussichtlich nicht mehr aus den eigenen Mitteln der Bank gedeckt werden kann, so daß die Verluste zum Schutze der Noteninhaber auf die Staatskasse, also auf den französischen Steuer-

zahler, übernommen werden müßten. Die Maßnahmen der Bank von England haben also

das größte privatwirtschaftliche Interesse der Bank von Frankreich

und ihrer Aktienbesitzer ausgelöst, um sich zum Schutze des eigenen Besitzes für die Stützung des englischen Pfundes und die Aufrechterhaltung der internationalen Goldwährung einzusetzen.

Mit der zunächst für sechs Monate beschlossenen Aufhebung des Goldstandards hat England die praktische Schlussfolgerung aus der Tatsache gezogen, daß die Voraussetzungen für eine Aufrechterhaltung der internationalen Goldwährung solange nicht gegeben sind, als die großen Gläubigerländer im Zusammenhang mit der widersinnigen Verköpplung der politischen Verhältnisse mit Hochschuldsystemen und anderen Bindungen eine Kreditpolitik wie bisher betreiben.

Da die Vereinigten Staaten und Frankreich von ihrem Gold- und Kapitalreichtum nicht den Gebrauch machen, der einen internationalen Goldstandard auf die Dauer haltbar macht, haben sich für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen

schwere Reibungen und ein Zirkel fortschreitender Störungen

ergeben. Inwiefern England auch den Versuch machen wird, durch Kreditexpansion eine Wirtschaftsbelebung herbeizuführen, ist durchaus ungewiß. Die Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England auf 6 Proz. spricht dagegen.

Für die bei der Goldwährung verbleibenden Schuldnerländer wie Deutschland kann sich, solange sie bei dem Goldstandard verbleiben, eine Erleichterung ihrer Lage nur insoweit ergeben, als der Schritt Englands vielleicht

die Bereitwilligkeit der internationalen Finanz zu planmäßiger Zusammenarbeit

und einer bewußt auf Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise gerichteten Politik fördern wird.

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem solche Bemühungen praktisch werden können, ist ein ihre Lage erneut erschwerender Faktor geschaffen.

Arbeit, nicht Unterstützung!

Die Buchdrucker fordern die Fünftagewoche.

Die Verschärfung der Krise im Buchdruckgewerbe zwang den Hauptvorstand und die Gauvorstände des Buchdruckerverbandes zu einschneidenden Maßnahmen. Am Mittwoch nahmen die Berliner Funktionäre in einer stark besuchten Generalversammlung im Gewerkschaftshaus zu den Krisenauswirkungen und zu der vom Gauvorstand vorgeschlagenen Änderung der Unterstützungsätze Stellung.

Der Gauvorsitzende Braun berichtete über das letzte Quartal. Infolge Stilllegung von Betrieben, besonders aber infolge der Bankzusammenbrüche vermehrte sich die Arbeitslosenzahl außerordentlich. Sie stieg von 4170 im Juli auf 5381 im September. Ungefähr 2000 Arbeitslose sind auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Die Ausgaben des Verbandes überstiegen in der letzten Zeit die Einnahmen. Da die Beitragshöhe die äußerste Grenze erreicht hat, mußte ein Abbau verschiedener Unterstützungsätze vorgenommen werden, um den Verband als Bollwerk gegen die Unternehmer zu erhalten. In der Frage der

Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Unterbringung Arbeitsloser

Konnte bisher eine Verständigung nicht erzielt werden, da die Unternehmer die Einstellung Arbeitsloser ablehnten. Es wäre leichter, den Kampf gegen die Unternehmer zu führen, wenn nicht die Kommunisten und die von ihnen aufgelegte RGO, der Organisation ständig in den Rücken fallen würden. Braun brandmarkte die erlogenen kommunistischen Pressemittelungen, daß die Organisation Hunderttausende von Verbandsgeldern an der Börse verpfeffelt habe, als bewußten Schwindel. Gegen derartige Verleumdungen wird man in Zukunft unnachlässig vorgehen.

Um den arbeitslosen Kollegen eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten, soll schon jetzt mit der Sammlung begonnen werden.

Der zweite Gauvorsitzende Albrecht erläuterte die schon in den Bezirksversammlungen angenommenen Vorschläge des Gauvorstandes zur Herabsetzung einzelner Unterstützungsätze. Die Diskussionsredner befanden im allgemeinen ihre Zustimmung zu diesen Vorschlägen. Die Vorschläge des Gauvorstandes wurden gegen wenige Stimmen angenommen, desgleichen gegen einige kommunistische Stimmen folgende Entschliessung der erwerbslosen SPD-Buchdrucker:

„Die Not der erwerbslosen Buchdrucker hat eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden darf. Die kommenden Wintermonate werden aller Voraussicht nach das Elend der Arbeitslosen unermesslich steigern.“

Der Schrei nach Arbeit, nicht nach Unterstützung.

hüllt mehr denn je durch die Reihen der Erwerbslosen. Verbands- und Gauinstanzen stehen vor weiteren als notwendig anerkannten Unterstützungsmaßnahmen. In Anbetracht dessen, daß die Unternehmer die Einführung der Fünftagewoche im Buchdruckgewerbe brüsk ablehnten, stellen sich die erwerbslosen Buchdrucker geschlossen hinter die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M. und appellieren an die Generalversammlung, den Gauvorstand zu beauftragen, unverzüglich geeignete Schritte zur betriebsweisen Einführung der Fünftagewoche zu unternehmen.“

Einstimmig beschloß die Versammlung einige Ausschüsse wegen Streit- und Disziplinbruch. Es handelt sich um Mitglieder der RGO, und einen Nationalsozialisten, der wegen Beteiligung an einem Ueberfall auf Arbeiterjugend verurteilt worden ist.

Bankrott der Artamanen.

Ein unrühmliches Ende.

Die sogenannte Artamanenbewegung ist von der Pleite ereilt worden. Vor dem Amtsgericht Hirschhausen in Ostpreußen mußte das Konkursverfahren über das Vermögen des Bundes Artam e. V. eröffnet werden. Zugleich haben einige Gauleiter ihren Austritt aus dem Bund erklärt, womit er wohl praktisch erledigt sein dürfte. Mit diesem Bund verschwindet eine Organisation, die hinter den Kulissen der „freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“ den Landarbeitern schmutzige Konkurrenz machte und sich darin gefiel, den Gewerkschaften, wo es nur ging, Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Ursachen der Pleite sind in starker Verschuldung des Bundes zu suchen. Die Gauleiter erklärten im Anfang die Schulden allmählich durch Beiträge tilgen zu wollen. Als es dann soweit war, diese Beiträge zu zahlen, haben sie verzichtet. So zog man vor, den Konkurs anzumelden. Der Geschäftsführer des Bundes erklärte, daß er sein Amt niederlege, weil die Gauleiter ihren Gau über den Bund stellen und weil fernerhin eine positive Arbeit unmöglich ist oder unmöglich gemacht wird.

Die sogenannte Arbeitsdienstpflicht sollten diese auf schädigsten Lohndruck beruhenden Ausreisepflichten sanieren. Die Arbeitsdienstpflicht wurde aber von allen abgelehnt. Bei dem freiwilligen Arbeitsdienst ist für die im Dienste des Großgrundbesitzes stehende „Bewegung“ nichts zu holen. Der Bankrott war also unvermeidlich.

Tempo! Tempo! Tempo!

Uebersteigerte Leistung und Lohnabbau.

Während das Unternehmertum immer wieder nach neuem Lohnabbau schreit, wird die Arbeitsleistung ins Unermessliche gesteigert. „Der Textilarbeiter“, das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, entwirft ein Bild über die menschenunwürdige Antreiberei, die sich überall immer mehr einbürgert.

„Nachdem es der Direktion der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken, Werk Elsterberg, gelungen ist,“ so schreibt der „Textilarbeiter“, „in den Abteilungen Spulerei, Weiserei und Sortierungen das Bedienungssystem durchzuführen, geht sie nunmehr dazu über, auch in der Spinnerieabteilung dieses System einzuführen. Das Vorgehen ist geradezu brutal. Zwei Personen sollen in Zukunft zehn Spinnmaschinen zu bedienen. Die überflüssig gewordenen Kräfte sollen vorläufig Holzarbeit verrichten, während von den in der Spinnerie zurückgelassenen Kräften eine unerhörte Mehrleistung verlangt wird. Man hat den Arbeitsgang des Spinners in drei verschiedene Arbeitsvorgänge zerlegt. So soll ein Arbeiter nur die Spulen auf- und abstecken, ein zweiter nur die Düsen kontrollieren, waschen und die Fäden überführen. Eine dritte

Hilfskraft soll das Reinigen der Spinnmaschinen besorgen. Aus den Schilderungen der Kollegen, die nur einige Tage diese Tätigkeit ausüben mußten, geht hervor, daß ihnen die Arbeit direkt zur Hölle geworden ist. Außer der viertelstündigen Frühstückspause innerhalb der acht Stunden bleibt keine Zeit, um die Notdurft zu verrichten. Körperliche Höchstleistungen werden bei dem Spulen, Auf- und Abstecken verlangt, die über die Grenze des Erträglichsten hinausgehen und bei einer Anzahl Spinnerinnen schon in wenigen Tagen zu einer solchen Erschöpfung führten, daß sie unfähig waren, die Arbeit fortzusetzen. Aus anderen Schilderungen geht hervor, daß dieses übersteigerte Tempo jedesweches Denvermögen ausschaltete und zu Nervenzusammenbrüchen führt. Die ganze Schwere des verrückten Verlangens seitens der Direktoren läßt sich erst dann voll begreifen, wenn man dabei berücksichtigt, daß bei schlechter verdorbener Luft diese Höchstleistungen verlangt werden.“

Selbstverständlich hat die Direktion auch noch neue Lohnkürzungen angefündigt. Diesem gemeinschaftlichen Wahnsinn muß einmal ein Ende gemacht werden.

Skandal im Kraftdroschfengewerbe.

Verkehrsamt muß gegen Betrüger vorgehen.

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß das Berliner Kraftdroschfengewerbe von der allgemeinen Wirtschaftskrise ebenfalls hart getroffen wird und um seine Existenz schwer zu kämpfen hat. Verschärft wird dieser Existenzkampf zum erheblichen Teil von den Kraftdroschfahrenden jedoch selbst, die in unbegreiflicher Verstandnislosigkeit sich nicht dazu entschließen können, durch freiwillige Kufherbeibringung von Wagen regulierend auf Angebot und Nachfrage einzuwirken. Man versucht lieber, sich durch alle möglichen und unmöglichen Manipulationen auf Kosten der Chauffeure über Wasser zu halten und nach außen hin eine „prunkende“ Existenz als Besitzer von ein bis drei Kraftdroschken zur Schau zu tragen.

Nicht genug damit, daß man mit Entlassungsdrohungen viele Fahrer zwingt, für einen geringeren Lohn als den tariflich vereinbarten Garantielohn zu arbeiten, scheuen viele „Unternehmer“ sich nicht, ihre Fahrer um die Sozialversicherungsbeiträge zu betrügen. Die Kleinbesitzer sind zum größten Teil in der Innung Berliner Kraftdroschkenbesitzer zusammengeschlossen, die wiederum eine Innungskrankenkasse unterhält. Wie nun mit den Taxichauffeuren umgegangen wird, zeigen am besten die skandalösen Verhältnisse bei dieser Innungskrankenkasse.

In Nr. 17 der Innungszeltung „Das Kraftdroschkenwesen“ ist ein Bericht von einer Innungsgeneralversammlung abgedruckt, der ein grelles Bild auf die Betrügereien dieser Innungsmitglieder wirft. Nach diesem Bericht führte der Geschäftsführer der Innungskasse in der Generalversammlung aus, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder überhaupt keine Beiträge mehr für die ver-

sicherungspflichtigen Fahrer abführe und demzufolge die Kasse eine große Summe an Beitragsrückständen habe. Es sei vorgekommen, daß gegen die säumigen Unternehmer von der Kasse Strafentwurf gestellt wurde, diese „Unternehmer“ auch bestraft wurden, aber durchweg Bewährungsfrist erhielten! Nach dem Ablauf der oftmals verlängerten Bewährungsfrist leisteten die Besitzer, wenn es endlich ans Zahlen gehen sollte, den Offenbarungseid. Die Innungskasse mußte, um wenigstens zu einem Teil der Beiträge zu kommen, in einzelnen Betrieben die Chauffeure auffordern, ihre Beiträge nicht an ihren „Arbeitgeber“, sondern an die Kasse direkt abzuführen. Es sei sogar vorgekommen, daß einzelne Kraftdroschkenbesitzer an ihren Fahrern glatt Betrug verübt hätten. Wenn sie Fahrer entließen, die längere Zeit bei ihnen beschäftigt waren, stellten sie am gleichen Tage neue Fahrer ein, entfernten aus deren Invalidentarten die Karten, um sie „ordnungsgemäß“ in die Invalidentarten der Entlassenen zu leiten. Es sei keine Seltenheit, daß ein entlassener Chauffeur, wenn er zur Erlangung seiner Erwerbslosenunterstützung von der Innungskrankenkasse die vom Arbeitsamt vorgeschriebene Bescheinigung verlangt, von der Kasse den Bescheid erhält, daß sein Unternehmer entweder mit den Beiträgen im Rückstand ist, oftmals noch gar keine Beiträge für ihn gezahlt oder ihn gar nicht bei der Krankenkasse angemeldet hat.

Die anteiligen Beiträge des Chauffeurs hat der brave Unternehmer aber stets vom Lagen Lohn abgezogen und in seine wackelnde Tasche gesteckt. Der mit einem solchen Bescheid „beglückte“ Droschkenchauffeur bekommt dann eine Erwerbslosenunterstützung, die nach der niedrigsten Beitragsstufe berechnet wird. Klagt solch ein geprellter Chauffeur wirklich gegen den betrügerischen Unternehmer, dann vollzieht sich gewöhnlich der übliche Kreislauf: Bewährungsfrist, Verlängerung der Bewährungsfrist, Offenbarungseid; der Chauffeur bleibt der Betrogene.

Es ist wirklich an der Zeit, daß sich das Oberverwaltungsamt mit diesen skandalösen Dingen im Berliner Kraftdroschfengewerbe beschäftigt. Vom Kraftverkehrsamt muß verlangt werden, daß solchen betrügerischen Elementen rückstandslos die Konzession entzogen wird, da sie im Sinne der Konzessionsbestimmungen für das Kraftdroschfengewerbe als unzuverlässig anzusehen sind. Das Eingreifen des Kraftverkehrsamtes scheint um so mehr nötig zu sein, als selbst schon in der angeführten Innungsgeneralversammlung beschlossen wurde, die beitragsrückständigen Innungsglieder dem Kraftverkehrsamt als unzuverlässig zu melden. Den Taxichauffeuren jedoch kann nicht dringend genug geraten werden, sich so oft wie möglich bei der Innungskrankenkasse zu erkundigen, ob und für welche Zeit für sie Beiträge entrichtet worden sind. Nur dann werden sie sich vor schwerem Schaden bewahren können.

Die „musterhafteste“ Schule.

Zurück zur guten alten Zeit!

Ganz im Geiste der Wirtschaftspartei zieht der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, gegen die „hohen Beamtengehälter“ zu Felde. Dabei leistet er sich u. a. folgenden, in Zeitdruck hervorgerufenen Auspruch:

„Unsere alte deutsche Volksschule war die musterhafteste der ganzen Welt, trotzdem sie nur 500 Millionen kostete gegen 1007 Millionen heute.“

Daß „unsere alte deutsche Volksschule“ der guten alten Kaiserzeit die „musterhafteste“ der ganzen Welt war, wollen wir nicht bestreiten. Fragt sich nur, in welchem Sinne sie musterhaft war. Vielleicht erkundigt sich aber einmal die Redaktion des „Deutschen“ bei den alten christlichen Gewerkschaftsführern, die diese „musterhafteste“ Schulbildung genossen haben und nachher mühsam die höchsten Bildungsläden durch Selbststudium ausfüllen mußten, wie sie über diese „musterhafteste“ Schule denken. Vielleicht fragt man sie, ob sie die Meinung des „Deutschen“ teilen.

80 Pfennige für ein Kleid.

Die Lohndrückerei geht lustig weiter.

Da inseriert ein Zwischenmeister, daß er Kleider in Heimarbeit zu vergeben habe. Wenn die Frauen um 8½ Uhr hinkommen, steht die Bude gerammelt voll und eben gehen die letzten weg, die noch Arbeit erwischen konnten. Und es erschallt die lakonische Begrüßungsbrede: „Es ist nichts mehr da.“

„Was gibts denn eigentlich für das Kleid?“, erkundigt sich eine der vielen Zurückgewiesenen bei jener Glücklichen, die noch was erwischen konnte. „Ach, viel ist's ja nicht, man weiß eigentlich nicht, is det fors Fahrjeid oder fürs Frühstück! 80 Pfennig zahlt er fors Kleid, da nah' is aber, obwohl is keine Anfängerin bin, gut meine 4 bis 5 Stunden dran; und det erste bei ihm is, gleich die Kleiderkarte abgeben, damit man nich etwa trotz die „hohen Bezüge“ noch Unterstützung einkassiert!“

Für das Seidenkleid gibt es ganze 1,10 M., da sind aber auf den Kleidern auch noch die Knöpfe anzuhaken, die Ärmel roh zu bügeln, irgendwelcher Besatz zu garnieren usw., da ja heute auch die billigste Konfektion, der Mode entsprechend, vielfach Garnierung auf den Kleidern zeigt. Von dem „Riesenerdienst“ heißt es dann



6 Stück nur 20

TETA ZIGARETTEN

Die gute und milde

TETA

ZIGARETTE

AZET ZIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. VERTRIEDER: MELABAT ZIGARETTEN-HANDELSGESELLSCHAFT M. B. H. ZWEIFELERLASSUNG BERLIN C2 NEUE PROMENADE 8 TEL. 03 WEIDENHAMM 2408

